

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 215 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 12/2012 VOM 4. DEZEMBER 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Bernauer Höfeladen
mit regionalen Produkten**
Eine Mission auf Zeit

7 | **Sägen wir
am eigenen Ast**
Forstwirtschaft in Brandenburg

15 | **Neptun und
die Meerjungfrauen**
Kunstwerke von Axel Schulz (3)

Eine Baumschutzsatzung für Eberswalde

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde

Trotz der Abstimmungsniederlage im Bauausschuß der Stadt Eberswalde werden die Fraktionen SPD und Grüne/B90 ihre gemeinsame Vorlage zur Erarbeitung einer Baumschutzsatzung in die kommende Stadtverordnetenversammlung einbringen. Dort hoffen sie auf mehr Unterstützung für das wichtige Anliegen.

Die beiden Fraktionen fordern eine kommunale Baumschutzsatzung, um den noch vorhandenen wertvollen Baumbestand im Stadtgebiet zukünftig wirksamer zu schützen und sicher zu stellen, daß die Stadt selbst über die Gelder aus dem Ersatzpflanzungsfonds verfügen kann. Die Regelungen zum Ersatz von gefälltten Bäumen sollen dabei so ausgerichtet sein, daß in einem einfachen und transparenten Verfahren Ersatzpflanzungen festgelegt werden können, die den Baumbestand in Eberswalde sinnvoll und fachgerecht ergänzen.

»Die konkrete Ausgestaltung einer zukünftigen Baumschutzsatzung ist mit dem eingereichten Antrag absichtlich offen gehalten. So sollen viele für den Baumschutz aktive Gruppen und Organisationen eingebunden werden und es soll zu einem bürgernahen Interessenausgleich hier in Eberswalde kommen« erläutert der SPD-Fraktionsvorsitzende Hardy Lux.

»Der Baumschutz sollte gerade für die Waldstadt Eberswalde von besonderer Bedeutung sein. Es geht um ein Bekenntnis zum öffentlichen Grün in Eberswalde« betont die Grünen-Fraktionsvorsitzende Karen Oehler.

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD bezweifeln den unterstellten Bedarf von einer ganzen Personalstelle, die angeblich durch die Einführung einer Baumschutzsatzung nötig werden würde.

»Da der Landkreis Barnim momentan von einer ganzen Stelle für die Umsetzung einer kreisweiten Baumschutzverordnung ausgeht und allein in der Gemeinde Wandlitz etwa 40 % der Fällungen und damit der Ausgleichszahlungen erfolgen, sollte für Eberswalde allein keine ganze Personalstelle notwendig sein.« geben beide Fraktionsvorsitzende zu bedenken. Außerdem fließen die erhobenen Gebühren dann in die Stadtkasse. Ein städtischer Aus-



gleichsfonds würde eigene Gestaltungsmacht für Eberswalde eröffnen.

Bei einer Baumschutzsatzung handelt es sich auch nicht um ein bürokratisches Monster, wie dies von Seiten einiger FDP-Vertreter an die Wand gemalt wird, sondern darum, daß die Waldstadt Eberswalde ein klares Zeichen für den Baumschutz vor Ort setzt.

KAREN OEHLER und HARDY LUX

Das Bürgerbegehren in Bernau war erfolgreich

Bernau (bbp). Mit 4.856 Unterschriften wurde beim ersten Bürgerbegehren in Bernau das notwendige Quorum von rund 3.000 Teilnehmern deutlich übertroffen. Die Stadtverordneten haben nun die Möglichkeit, dem Ansinnen des Begehrens stattzugeben und den Austritt der Stadt aus dem Wasser-Abwasser-Verband Panke-Finow rückgängig zu machen. Im Falle einer Ablehnung käme es zum Bürgerentscheid, um über den Begehrensinhalt abzustimmen. Bürgerbegehren und nachfolgende Bürgerentscheide gab es im Landkreis Barnim bisher ausschließlich zur Abwahl von Bürgermeistern, wie beispielsweise 1995 in Eberswalde, als der heutige Stadtverordnete Dr. Hans Mai als Bürgermeister abgewählt wurde.

Einreicher sagen DANKE

Daß den Bernauerinnen und Bernauern eben doch nicht egal ist, was in ihrer Stadt passiert, zeigt die überragende Beteiligung am Bürgerbegehren für einen Bürgerentscheid, bei dem 4.856 Unterschriften dem

Bernauer Wahlleiter übergeben werden konnte. Wir danken auf diesem Wege vor allem den zahlreichen Helferinnen und Helfern, die so manchen Feierabend, viele Sonnabendvormittage oder Sonntagnachmittage eben nicht in der Familie verbrachten, sondern zum Sammeln der Unterschriften nutzten. Nun hat die Stadtverwaltung die verantwortungsvolle Aufgabe, jede einzelne Unterschrift mit dem Einwohnermeldeverzeichnis abzugleichen, um am Ende über die Gültigkeit zu entscheiden. Ist alles korrekt gelaufen, muß sich die Stadtverordnetenversammlung erneut mit dem Beschluß zum Austritt Bernaus aus dem Wasser- und Abwasserverband Panke-Finow vom 16. August 2012 beschäftigen. Ziel des Bürgerbegehrens war es, diesen übereilt gefaßten Beschluß aufzuheben und eine sachliche Prüfung aller Vor- und Nachteile, die ein Austritt Bernaus mit sich bringen, zu prüfen und entsprechend dem Ergebnis einen neuen Beschluß zu fassen.

Dr. GABRIELE DITTMANN, HORST WERNER
und Dr. DAGMAR ENKELMANN

Bezahlbare Wohnungen

Im Barnim und speziell in Eberswalde wird eine einseitige Abrißideologie mit Steuergeldern praktiziert, in deren Folge im großen Umfang gute und verwertbare Bausubstanz abgerissen wird, die kaum älter als 30 Jahre ist. Neuerliche Informationen über fehlende bezahlbare Mietwohnungen geben mir Veranlassung, mich erneut zu diesem Thema zu Wort zu melden, da für mich grundsätzliche Schlußfolgerungen auf diesem Gebiet nicht erkennbar sind. In der kommunalen Wohnungspolitik darf nicht einseitig Marktwirtschaft und Geld im Vordergrund stehen. Eine soziale Marktwirtschaft mit entsprechendem Anteil an bezahlbaren Sozialwohnungen ist für einen erheblichen Teil der Bevölkerung dringend notwendig. Hinzu kommen neue qualitative Wohnungsanforderungen aufgrund der älter werdenden Einwohner. Auch für die Gaststadt Eberswalde ergeben sich neue Anforderungen für bezahlbare Unterkünfte der Studenten.

Schon jetzt ist erkennbar, daß es in Eberswalde eine zunehmende Zahl von Rentnern geben wird, die von Altersarmut bedroht sind. Hinzu kommt eine bleibende Zahl von Hartz IV-Empfängern, Alleinerziehenden und Beziehern von Billiglöhnen, die bezahlbare Mietwohnungen benötigen. Daraus ergibt sich die zwingende Schlußfolgerung, mittel- und langfristig einen ausreichenden Anteil von Sozialwohnungen zu erhalten bzw. zu schaffen und sofort mit der Unterbewertung dieses ersten sozialen Problems Schluß zu machen.

Mit dem Ansteigen der Lebenserwartung ergeben sich neue qualitative Anforderungen für seniorengerechte und barrierefreie Wohnungen. Hier scheint es notwendig, ausgehend von einer gründlichen Analyse der Altersstruktur und der zu erwartenden Entwicklung ein komplexes Programm für die Rationalisierung von Wohnraum für Senioren zu erarbeiten und zielstrebig zu verwirklichen.

Eberswalde ist Gastgeberin für viele tausend Studenten. Daher sollte bezahlbaren Studentenquartieren mehr Beachtung geschenkt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich mein Unverständnis wiederholen, daß von vier großen Wohnheimen des Kranbaus, Walzwerks und Schlacht- und Verarbeitungskombinates mit insgesamt 1000 Plätzen eines mit Steuergeldern völlig abgerissen wurde und die anderen drei seit Jahren als Ruinen ohne erkennbare Aktivitäten stehen geblieben sind. Ernsthafte Möglichkeiten einer Verwendung beispielsweise für die Unterbringung von Studenten mit bezahlbaren Mieten wurden nach meiner Kenntnis nicht geprüft.

Da es sich hier nicht nur um eine Angelegenheit der Wohnungsbaugesellschaften, sondern um grundsätzliche Fragen der Kommunalpolitik handelt, sollten sich Kreis- und Stadtverwaltung aber auch ihre Parlamente grundsätzlich mit diesem Problem beschäftigen und wirksame Schlußfolgerungen ziehen.

Dr. HELMUT KOCH

Wohnungen für Flüchtlinge

»Die Geschichte des Eberswalder Asylbewerberheims in der Spechthausener Straße endete am 29. November 1992 um null Uhr fünf«. So steht es in einem Beitrag des Magazins »Spiegel« in der Ausgabe 36/1994.

Die grausigen Ereignisse der Nachwendejahre verhalfen Eberswalde zu einem zweifelhaften Ruhm. Nach dem brutalen und sinnlosen Mord an Amadeu Antonio Kiowa 1990 fanden hier die rassistischen Umtriebe mit dem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim zwei Jahre später einen erneuten Höhepunkt.

Die ausländerfeindlichen Gräueltaten der Neonazis dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Die politisch Verantwortlichen haben seit den feigen Übergriffen in den Nachwendejahren einiges unternommen, um den demokratischen Gedanken in unserem Land zu stärken. Die Gefahr der Ausbreitung rechtsradikalen Gedankengutes ist seitdem aber nicht geringer geworden. Die Mittel sind nur anders.

Da kann eine Nazi-Terrorzelle viele Jahre unbehelligt Morde verüben oder ein Verbotsverfahren der NPD scheitert an fadenscheinigen Argumenten. Neonazis unterwandern die Gesellschaft, indem sie sich z.B. in Sportvereinen betätigen und dort versuchen, unsere Kinder zu beeinflussen. Das alles ist erschreckend. Durch den Brandanschlag auf das Flüchtlings-

heim in Eberswalde vor 20 Jahren wurden Fakten geschaffen, die die Flüchtlinge im Landkreis Barnim weiter ausgegrenzt haben.

Nach diversen Übergangslösungen wurde und wird das in Althüttendorf befindliche Heim betrieben, auch ‚Dschungelcamp‘ genannt, weil die dortigen Bedingungen kaum eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten. Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen steht nun die Einrichtung eines weiteren Heims in Wandlitz an. DIE LINKE im Barnim fordert, daß nach dem Eintreffen der Flüchtlinge nur eine Unterbringung in Wohnungen erfolgen darf und ihnen so ein weitgehend selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben ermöglicht wird. Denn eines sollten wir nicht vergessen: Diese Menschen haben aus Angst um ihr Leben und das ihrer Familien ihre Heimat hinter sich gelassen. Unter teilweise extrem gefährlichen Umständen sind sie in die Ungewißheit der Flucht gestartet und hoffen einfach nur, hier ein besseres, sicheres Leben führen zu können.

SABINE STÜBER

Von Birnen und Pflaumen



Zeichnung: Ioan Blahm

Eine Mission auf Zeit

Bei einem Glas Latte stellte unser Leser **THOMAS TOBLER** dem Geschäftsführer des Höfeladens in der Alten Goethestraße 3 in Bernau, **HANS-CHRISTOPH PETERS**, die Sinnfrage.

Thomas Tobler: Bernau ist ein Scharnier am Berliner Stadtrand zum ländlichen Umland. Man sieht das an der vielseitigen Handelsstruktur mit alternativen Läden für Lebensmittel auf engem Raum. Hier gibt es fußläufig den üblichen Eine-Welt-Laden, aber auch zwei Bioläden, das Naturkaufhaus, den Wochenmarkt und den zeitweiligen Regionalmarkt. Da sollte man denken, das reicht?

Hans-Christoph Peters: Was könnte da noch fehlen? Specials? Nein, wenn Du als wachsamer Bürger in Deutschlands Geschäfte gehst, findest Du selbst noch im Februar ägyptische Kartoffeln. Das braucht gar keiner. Das nervt. Das geht nur mit Dumpingpreisen in den Marktketten. Das einfache regionale Angebot fehlt dabei unter.

Nun hast du am 1. September 2011, also vor einem guten Jahr diesen Höfeladen eröffnet. So kamst du direkt in die Bernauer Innenstadt mit deiner Idee hinein, alles mal selbst zu probieren. Hattest du keine Bedenken, dich könnte man wieder verjagen?

Nein, das Angebot organisiere ich mir selber und es wurde auch gut angenommen. Alle Lebensmittel, egal ob vom Feld, aus dem Wasser oder aus dem Stall holen wir eigens selbst heran. So etwas gibt es hier noch nicht. Wer nur Bier holen will, ist sowieso nicht mein Kunde, der geht zu einer Kette.

Das stimmt, wer hier in der Goethestraße 3 öfter vorbeikommt, sieht dich ständig nur am wuseln. Du beziehst deine Waren grundsätzlich von regionalen Höfen. Einige Anbieter bzw. Manufakturen liefern selbst an. Sowas machen nur noch die Händler auf dem Markt. Reichen die nicht? Warum tust du dir das an?

Ich nehme alles, was von den Partnern in der Saison zu haben ist, ohne Liefermengen per Vertrag festzulegen und transportiere tatsächlich fast alles selbst hier her. Aber eigentlich habe ich das ursprünglich so nicht geplant. Ich bin ausgebildeter Landwirtschaftsmeister und habe auch einen eigenen Landwirtschaftsbetrieb. Meine Idee war, meine Produkte direkt anzubieten und regional einen Verkauf zu organisieren. Hier reicht natürlich der eigene Acker nicht aus, um ein Vollangebot für den Küchen-tisch zu bekommen. Um hier Fisch, Fleisch, Eier, Molkereiprodukte, Feldware usw. anzubieten, mußst Du andere Betriebe als Lieferpartner einbeziehen. Die habe ich. Aber nun, wo mein Höfeladen floriert, fehlt mir die Zeitinvestition in den Laden bei meiner eigentlichen Landwirtschaft. So ist der Hofladenverkauf zwar so etwas wie meine Mission, aber in dieser Form nur eine Mission auf Zeit.



Hans-Christian Peters, Geschäftsführer des Höfeladens in der Alten Goethestraße 3 in Bernau

Bei Supermärkten schaue ich seit einiger Zeit mißtrauischer aber auch sicherer durch die Regale, denn inzwischen ist mir klar, daß BIO nicht automatisch frisch ist, sauber nicht gleich gut schmeckt, und selbst regionale Produktion auch Massenerzeugung sein kann. Du hast Deine Mission erwähnt, und einiges steht davon auf Deiner Internetseite. Sag es mir mal als Leser, Was ist Dein Grundsatzrezept in diesen Fragen?

Heute kann ich tatsächlich das, was in der Heimat draußen wächst, selbst kompetent verkaufen. Das ist längst nicht mehr selbstverständlich. Die Profis können und wollen das nicht. Die machen Dumpingpreise und eine irreführende Einzelwerbung a la »Traube vom Südhang«. Frag mal einen Verkäufer im Supermarkt. Die wissen meistens nicht, was sie da verkaufen. Selbst nicht einmal auf Ausstellungen. Ich war 2010 auf der BraLa. Dort stand eine Mutter mit Nachwuchs. Sie staunte über die angeblichen Gössel, worauf das Kind fragte, ob das nicht vielleicht Entenküken wären. Am Ende waren es Küken vom Huhn. Nein. Das sind Schlüsselerlebnisse, die mir das Signal geben, ich will eine bessere Welt. Lebensmittel müssen regional im Kreislauf sein, Produkte aus der Heimat schmecken, aus Berlin und Brandenburg. Dieser Kreislauf ist in Gefahr, unterzugehen. Deshalb mache ich auch ständig mit Partnern in der Stadt zusätzlich Aktionen und Projekte. Dieser Kreislauf gehört uns, er soll nicht sterben.

Der Höfeladen ist übrigens wie folgt erreichbar:
Web: www.der-hoefeladen.de
FB: <http://www.facebook.com/derhoefeladen>

»CoWorking« in Eberswalde:

Auf zu neuen Arbeitsformen

Am 6. November hatte die Initiativgruppe »Co + Work« zu einer Veranstaltung in die Aula der HNE Eberswalde eingeladen. CoWorking stellt eine neue Arbeitsform dar und bedeutet zusammen arbeiten.

Kreative, innovative Ideen & Projekte, kleine Unternehmen, Existenzgründer und Freiberufler, die unabhängig voneinander in verschiedenen Projekten agieren, arbeiten an einem Ort zusammen und profitieren so voneinander. Im CoWorking stehen Arbeitsplätze und Infrastruktur zur Verfügung. Neben normalem Büroraum sind auch Offene Werkstätten und Offene Technologielabore angedacht. So werden Kopf- und Handarbeit zusammengebracht.

Der Einladung waren etwa zwanzig Personen mit den unterschiedlichsten Fähigkeiten und Hintergründen gefolgt. Darunter befanden sich Selbstständige, z.B. aus den Bereichen IT, dem Handwerk, Film und Foto, als auch ein Unternehmer mit einem eigenen Tonstudio. Zur Initiativgruppe selbst gehören bereits mehrere Dozenten, sowie ein Moderator, Jurist und eine freie Texterin.

Unter den Teilnehmern gab es auch Zugezogene aus dem europäischen Ausland und sogar jemanden, der es »über den großen Teich« nach Eberswalde geschafft hat. Auch Leute aus Berlin, Angermünde, Lichterfelde und natürlich Eberswalde hatten sich eingefunden. Manche stört das ewige Pendeln und sie würden sich über eine kreative interessante Alternative in Eberswalde freuen. Bei entsprechender vorhandener Infrastruktur spielte gar eine Teilnehmerin mit dem Gedanken, ihren Wohn- und Arbeitsplatz nach Eberswalde zu verlegen.

Bei den zwanzig Teilnehmern der Auftaktveranstaltung blieb es nicht. Nach und nach kommen Mails und Anfragen anderer CoWorking-Interessierter. Vor allem der persönliche Kontakt, z.B. über Teilnehmer aus der Auftaktveranstaltung am 6. November, bilden hier ein immer größer werdendes Netzwerk.

Unser Ziel ist, ein solches CoWorking im Zentrum von Eberswalde zu schaffen. Wir wollen vor allem den Raum schaffen und ein finanzielles Konzept, das sich selbst trägt. Die bisherige Gruppe ist absolut offen und freut sich über jeden Mitsstreiter der aktiv bei den nächsten Schritten unterstützt und/oder der sich CoWorking als alternative Arbeitsform vorstellen kann. Interessierte melden sich bitte unter coworking@wikicity.org.

CHRISTOFF GÄBLER

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

Beteiligungsbericht:

Mal wieder verspätet

Eberswalde (bbp). Auf ihrer Sitzung am 22. November nahmen die Eberswalder Stadtverordneten den Beteiligungsbericht der Stadt für das Jahr 2011 zur Kenntnis. Gemäß Kommunalverfassung muß dieser Bericht über die Beteiligungen der Kommune an Unternehmen jährlich vorgelegt werden, laut Beschluß der Stadtverordneten (Beschluß-Nr. 36-446/07) jeweils bis zum 30. September. Diesmal lag die zweimonatige Verzögerung an einem Mitarbeiterwechsel bei der zuständigen Stelle in der Verwaltung. Der Verwaltungsdezernent habe dies den Stadtverordneten rechtzeitig mitgeteilt, heißt es in der Informationsvorlage.

Der Beteiligungsbericht wird entsprechend dem Beschluß auch im Internet veröffentlicht. Darüber hinaus werden die Jahresabschlüsse der städtischen Kapitalgesellschaften auch im Bundesanzeiger veröffentlicht. Dort können sie über das Internet unter www.bundesanzeiger.de eingesehen werden.

Die Stadt Eberswalde ist unmittelbar an vier Gesellschaften und mittelbar an zwölf Gesellschaften beteiligt. Die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs- GmbH mit zwei und die TWE Technische Werke Eberswalde GmbH mit einer Tochtergesellschaft gehören der Stadt zu 100 %. An drei weitere Gesellschaften ist Eberswalde mit Anteilen von 0,25 (WITO Barnim), 0,85 (Brandenburgisch-Mecklenburgische Elektrizitätswerke AG) und 3,8 % (Gesellschaft für Leben und Gesundheit) beteiligt.

Wie im Vorjahr wurde den Stadtverordneten der Bericht als Farbdruck vorgelegt (BBP 10/2011). Diesmal besser lesbar und mit einem schicken Farbfoto des Bürgermeisters verschönt. Dem Inhalt werden wir uns in den nächsten BBP-Ausgabe näher widmen.

Bahnstrecke gesichert

Die Bahnstrecke von Berlin-Lichtenberg nach Joachimsthal, welche durch die Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft (ODEG) betrieben wird, bleibt auch in Zukunft bestehen. Im Landesverkehrsplan 2013 – 2017, der jetzt vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft dem Landtag vorgelegt wurde, ist diese Strecke trotz geringer Auslastung enthalten.

Das ist für die ländliche Region Barnim – Uckermark ein wichtiges Signal für die Zukunft. Diese Bahnstrecke hat eine wichtige Funktion für den Schülertransport, aber auch ältere Menschen wissen die Bahn zu schätzen. Darüber hinaus ist diese Strecke für den Naturtourismus im Biosphärenreservat eine wichtige Komponente. Investitionen wie die Rekonstruktion des Kaiserbahnhofes in Joachimsthal machen nur mit dem Bahnanschluß einen Sinn. Es kommt jetzt darauf an, daß mehr für die Bahn als umweltverträgliches Verkehrsmittel geworben wird.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Schulschließung im Speckgürtel?

Panketal (bbp). Die Bündnisgrünen im Niederbarnim sprechen sich ausdrücklich gegen eine Schließung der Oberschule Schwanebeck aus. Die Panketaler Gemeindevertreter, sagt Grünen-Sprecher Stefan Stahlbaum, sollten es Bürgermeister Fornell nicht erlauben, eine funktionierende Bildungseinrichtung zu opfern, um die überfällige Auseinandersetzung zur noch immer unzureichenden, sozialen Infrastruktur in der Gemeinde Panketal abzuwickeln. Daß es im Gemeindegebiet u.a. an Grundschul- und Hortkapazitäten mangelt und eine wirkliche Umsetzung des inklusiven Schulsystems so gar nicht funktionieren kann, sei ewig lange bekannt und liege zu erheblichen Anteilen in der Verantwortung des Verwaltungschefs.

»Ob und wie für den Grundschulbereich ein weiterer Neubau zu realisieren ist oder eine andere Variante zum Tragen kommt, muß dabei sorgfältig und unter Einbeziehung von Fachleuten geprüft werden«, heißt es in der Mitteilung des Niederbarnimer Regionalverbandes. »Die Gemeindevertreter und die Fachverwaltung sollten sich bei aller Dringlichkeit des Bedarfs (nicht nur) für das kommende Schuljahr jetzt nicht vom Bürgermeister unter Druck setzen lassen. Was mehr als ein Jahrzehnt nicht gelöst wurde muß jetzt auch nicht in 'Monatsfrist' übers Knie gebrochen werden. Bei einer Entscheidung solchen Bedeutungsgrades und mit einem millionenschweren Finanzvolumen versteht sich zudem eine erweiterte Beteiligung der Bevölkerung eigentlich von selbst. Eine Bürgerversammlung zum und vor dem endgültigen Varianteentscheid wäre eine von mehreren Möglichkei-

ten.« Jetzt mal schnell das »Kaninchen aus dem Hut zu zaubern«, die Abgeordneten »bequatschen zu wollen« um anschließend »löcherstopfend« doch nur wieder von Provisorium zu Provisorium zu stolpern wäre irgendwie ein »klassischer Fornell« aber gerade deshalb nicht länger hinnehmbar. In diesem Zusammenhang zeuge der vom Bürgermeister transportierte Diskussionsstil zur Arbeit der Schwanebecker Schule, kritisiert Stahlbaum zusätzlich, von einer großen Respektlosigkeit gegenüber förderungsbedürftigeren Schülern und ihren Eltern.

Als Kritiker der vielen auswärtigen Schüler in Schwanebeck sollte sich der Bürgermeister zudem mal überlegen, was in seiner Gemeinde passiert wäre, hätten z.B. die vielen fehlenden Kitaplätze nicht durch Angebote anderer Kommunen kompensiert werden können. Die »Wegrationalisierung« eines Bildungsangebotes, welches auch von Schülern anderer Gemeinden in Anspruch genommen wird, sei nichts anderes, als ein unsolidarischer Akt von Kleinstaaterei.

»Tragfähige und zukunftsorientierte Politik fördert ein Mehr an Gemeinsamkeiten und interkommunaler Zusammenarbeit und nicht etwa das Gegenteil. Daß jetzt erneut Bewegung in die Entwicklung der Panketaler Bildungslandschaft gekommen ist, verdanken wir wohl vor allem der Elternschaft und den Pädagogen vor Ort, die nicht aufgehört haben die bestehenden Umstände zu kritisieren. Am Ende auch etwas Nachhaltiges zu tun, ist in einer Gemeinde mit einer vergleichsweise hohen finanziellen Leistungskraft noch immer besonders eine Frage des politischen Willens«.

Wünsch Dir was am Bernauer Markt

Der Bernauer Stadtverordnetenversammlung wird erneut das Projekt Rathaus 2 vorgelegt. Der DDR-Zeiten stammenden Altbau direkt am Markt, schräg gegenüber dem Rathaus, wurde früher von der Staatsbankfiliale genutzt. Seit Jahren floriert der Publikumsverkehr durch das dort untergebrachte Meldeamt. Für das Grundstück gab es bereits einen Wettbewerb. Aber irgendwie erreichte kein Entwurf die Akzeptanz der Bürgerschaft. Nun ist es wieder mal an der Tagesordnung, herauszufinden, welche Version für eine Neubebauung des offensichtlich in städtischem Besitz befindlichen Grundstücks gewählt werden soll. Aber das Gelände ist eng und historisch umbaut.

Hier stand mal eine Bank, dann bis in die Sechziger eine Ruine, dann wieder eine Bank, ein Bürgeramt und plötzlich darf es gleich ein ganzes Rathaus sein. Wünsch Dir was!

Wenn die Verteilung der Dezernate über die Stadt, wie z.B. das Kulturamt im Stadtpark, beibehalten bleibt, mag es reichen. Hier wäre der häßliche »Bürotrakt« modern auszuwechseln und Bernau könnte seine wunderbare Wiedergeburt als »Bürgerhaus« feiern. Aber in Anwesenheit eines Rathauses ein neues auszurufen, schickt sich nicht, ein solches in erdrückender Bauhöhe hinzusetzen, verbreitet eher Angst als Platzwärme. Und Weihnachten steht ebenso vor der Tür! Da ist es Zeit, mal genauer nachzudenken.

Im Übrigen finde ich, braucht Bernau keinen neuen Protzbau. Bernau baut schon so genug. Andere Städte können sich ja gerne gleich noch den Marktplatz zubauen. Das muß man hier nicht nachmachen. Ein guter Rat wird hoffentlich auf der 39. Sitzung der StVV geboren, die am 29. November im TOP 11 die Auslobung des Planungswettbewerbs für das »Neue Rathaus« plante.

THOMAS TOBLER



Waldtraud Rodian und Dagmar Enkelmann präsentieren »Farbe & Licht«. Zu sehen sind die farbenprächtigen Malereien in Acryl bis zum 18. Januar 2013 im Bernauer Bürgerzentrum der Linken (Berliner Str. 17).

Der Teufel scheut das Weihwasser

von Albrecht Triller

Otto von Bismarck wird der Satz zugeschrieben: »Wenn die Welt untergeht, sollte man nach Mecklenburg gehen, da passiert alles hundert Jahre später.« Nun gehört Brandenburg nicht zu Mecklenburg-Vorpommern, hat aber eine gemeinsame Grenze mit diesem Bundesland. Das Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen gibt Anlaß für parallele Betrachtungen.

Am 28.11.2012 stand dieses Thema im Zusammenhang mit der Barnimer Energiegesellschaft im Kreistag Barnim zur Debatte. Es gab die Chance, eine Entscheidung für Transparenz und Bürgerbeteiligung in kommunalen Unternehmen zu treffen. Doch sie wurde auch diesmal vertan.

Zur Vorgeschichte: Am 5. Mai 2004 wurden dem Passauer Stadtrat die Unterschriften für die Durchführung eines Bürgerbegehrens mit dem Titel »Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik« vorgelegt. Das Bürgerbegehren forderte eine Beschränkung der Geheimhaltungspflicht für Aufsichtsratsmitglieder und eine öffentliche Beratung der Tagesordnungspunkte, die nicht zwingend der Verschwiegenheit bedürfen. Der Stadtrat lehnte das Bürgerbegehren ab und legte gegen das Urteil des VG Regensburg, (Entscheidung vom 02.02.2005) Revision ein, mußte sich dann aber dem Urteil des VG München vom 08.05.2006 beugen, der die Forderungen des Bürgerbegehrens für zulässig erklärte.

In der Begründung des Regensburger Urteils heißt es unter anderem: »Die Organe der kommunalen GmbHs geben rechtlich zwar eigenes, faktisch aber das Geld der Bürger aus. Das übertriebene Abschotten der Aufsichtsratsstätigkeit kann bei Bürgerinnen und Bürgern zu Mutmaßungen, Verdächtigungen und Argwohn führen. Bürger wollen beispielsweise wissen, wie die Gas-, Strom-, Wasser- und Badpreise zustandekommen und wie hoch eine kommunale GmbH verschuldet ist. Geheimniskrämerei erzeugt Mißtrauen. Demokratie erfordert Transparenz der Entscheidungen. Dem kann und sollte dadurch vorgebeugt werden, daß die Transparenz der Entscheidungen auch für kommunale Unternehmen sowie Unternehmen mit kommunaler Beteiligung gewährleistet wird.«

*Verwaltungsgericht Regensburg:
»Geheimniskrämerei erzeugt Mißtrauen.
Demokratie erfordert Transparenz
der Entscheidungen«*

Dieses Urteil war Anregung für die Fraktion BKB/Freie Wähler in der Stadtverordnetenversammlung im März 2005 eine Vorlage zur Transparenz in kommunalen Unternehmen einzubringen. Sie warf die Frage auf, wie weit die Politik privatisiert und der Kontrolle durch Bürger und Medien entzogen werden darf.

Dieser Antrag scheiterte jedoch in der StVV ebenso wie später eingebrachte. In der neuen Wahlperiode war es die Fraktion Die Fraktionslosen, die einen erneuten Anlauf nahm. Der Transparenzantrag vom 27.01.2011 wurde aber in der StVV-Sitzung am 23.06.2011 wiederum

abgelehnt. Zuvor hatte die Fraktion in einem Brief allen Stadtverordneten umfassend ihre Beweggründe für den Antrag dargelegt, da durch die Kommunalwahl ein teilweiser Wechsel der Stadtverordneten erfolgt war. Sie stellte dar, daß sich im Jahre 2009 auch der Bundestag mit dem Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen beschäftigte. Zwar war auch dort die entsprechende Vorlage mit dem Titel »Rechtsklarheit und Transparenz schaffen – Öffentlichkeit von Aufsichtsratsitzungen kommunaler Gesellschaften bundesrechtlich eindeutig normieren« abgelehnt worden, jedoch hätte die Vorlage in der StVV eine Mehrheit erreichen können, wenn die Stadtverordneten die Position ihrer jeweiligen Bundestagskollegen übernommen hätten.

Eine weitere Veranlassung für den erneuten Transparenz-Antrag war die Tatsache, daß gemäß der neuen Kommunalverfassung der Hauptverwaltungsbeamte (Bürgermeister oder Amtsdirektor) die Gemeinden in den kommunalen Gesellschaften vertritt. Dieser hat folglich umfassende Befugnisse ohne ein entsprechendes demokratisches Gegengewicht. Bis dahin hatte in Eberswalde, der Hauptausschuß die Gesellschafterfunktion wahrgenommen. Der Bürgermeister ist zudem teilweise auch noch Vorsitzender des Aufsichtsrates, woraus sich ein besonderer Bedarf ergibt, die Transparenz in kommunalen Unternehmen zu verbessern, die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern und die Rolle der Stadtverordneten zu stärken.

Aber trotz aller guten Argumente fand der Antrag keine Zustimmung.

Auch im Landkreis gab es Versuche, Transparenz in kommunalen Unternehmen zu erreichen. Als im Februar 2011 die Barnimer Dienstleistungsgesellschaft BDG gegründet wurde, hat die Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde Änderungsvorschläge zur Satzung dieser Gesellschaft unterbreitet, um die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder zu lockern und mehr Transparenz zu schaffen. Der Kreistag lehnte das im Februar 2011 ab. Dabei hatte Kreisdezentrat Dr. Jörg Mocek die Zulässigkeit für mehr Transparenz in kommunalen Unternehmen durchaus anerkannt. In einer Stellungnahme für die Stadt Eberswalde hatte er für die Kommunalaufsicht des Kreises erklärt: »Darüber hinaus kann die Verschwiegenheitspflicht von Mitgliedern eines fakultativen Aufsichtsrates durch Gesellschaftsvertrag näher festgelegt, erweitert oder eingeschränkt werden. (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 08.05.2006 Az.: 4 BV 05.756). Der Einschränkung der

Verschwiegenheitspflicht sind aber enge Grenzen gesetzt die sich nicht klar ziehen lassen.« Transparenz wird aber von ihm, wie leider auch von den meisten Kreistagsmitgliedern nur als Hindernis für eine ungestörte Arbeit gesehen. Ein Bedürfnis für die Information und die Beteiligung der Bürger fehlt.

*Der neue Geschäftszweck der BEG
schreit förmlich nach Öffentlichkeit.*

Nun mußte sich der Kreistag erneut mit dem leidigen Problem der Transparenz in kommunalen Unternehmen beschäftigen. Am 28. November stand die Frage auf der Tagesordnung, ob die Barnimer Energiegesellschaft (BEG) die Aufgabe der bisherigen energiewirtschaftlich orientierten Regionalstelle übernehmen soll. In dieser Funktion sollte die BEG den Landkreis und seine Gemeinden in der »Umsetzung aller Maßnahmen zur nachhaltigen Realisierung der Nullemissionsstrategie« beraten und begleiten. Obwohl es zur Verfolgung dieses Zwecks keiner GmbH bedurfte, entschied sich der Kreistag für diese Variante.

Der neue Geschäftszweck der neuen GmbH schreit förmlich nach Öffentlichkeit. Geheimhaltungsgründe kann es nur in wenigen Ausnahmefällen geben. Die Firma muß sich nicht im Markt behaupten und hat keine Konkurrenz. Wenn es Zweifel an der Zulässigkeit und Eignung von Transparenzregelungen gab – im vorliegenden Fall gab es keine Gründe, die Chance auf Information und Beteiligung der Bürger nicht zu nutzen. Und doch hat der Kreistag meine Anträge für mehr Transparenz mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auffallend war, daß fast ausnahmslos die Mandatsträger der Parteien eine Öffnung des Gesellschaftsvertrages für mehr Transparenz ablehnten. **Sie scheuen die Demokratie wie der Teufel das Weihwasser.** Besonders zu denken gibt, daß auch die Kreistagsabgeordneten der Linken sich für die Ausgründung kommunaler Aufgaben in eine GmbH entschieden haben – und dies bei Verzicht auf Information und Beteiligung der Bürger.

Dem aufmerksamen Beobachter wird nicht entgangen sein, daß im Kreistag Barnim unter den Parteien die Opposition abhanden gekommen ist. Die Debatten beschränken sich immer mehr auf die Auseinandersetzungen zwischen den etablierten Parteien mit den nicht parteigebundenen Abgeordneten. Bei dieser Konstellation haben Transparenz und Bürgerbeteiligung im Barnim kaum eine Chance. Oder ist der Landkreis doch noch erneuer:BAR? Noch sind die hundert Jahre nicht vorbei.

CO₂-neutrale Holzverbrennung – oder doch nicht?

von Bernd Pomraenke

Mit dem Großbrand der Kühlanlage des HOKAWE hätte man eigentlich denken können, die Holzverbrennung zum Zwecke der Elektroenergieerzeugung hätte sich zumindest für den Standort Eberswalde erledigt. Es wäre ja nicht das erste Werk dieser Art und Größe, das aus irgendwelchen Gründen stillgelegt wurde. Nun wird es aber, wenn man den Pressemeldungen glaubt, nach einer provisorischen und einer nachfolgenden richtigen Reparatur weiterbetrieben. Ach ja, die Versicherung müßte die Reparatur natürlich noch bezahlen. Nachfolgend sollen die Auswirkungen des Betriebes auf den CO₂-Ausstoß bei der Elektroenergieerzeugung verdeutlicht werden.

Sollen stündlich 20 Megawattstunden (MWh) Elektroenergie mit einem Wirkungsgrad von 0,3 erzeugt werden, muß ein Brennstoffeinsatz von 66,7 MWh erfolgen, das entspricht einer Holzmenge von immerhin 20 Tonnen pro Stunde, oder anders ausgedrückt 40 Raummeter (Rm) je Stunde. Das stimmt mit dem offiziell angegebenen Bedarf von 160.000 t Holz pro Jahr bei einer Betriebszeit von 8.000 h im Jahr überein. In 24 Stunden kommt eine Menge von 960 Rm zusammen.

Das entspricht einem Holzstapel von 1 m Breite mal 1 m Höhe und etwa der doppelten Länge des Eberswalder Binnenhafens. Diese unheimliche Menge an Holz muß Tag für Tag aus bis zu 200 km Entfernung herbeigeschafft werden, um als »nachwachsender Brennstoff« verbrannt zu werden.

Wie sieht nun der CO₂-Ausstoß dabei aus? Je MWh Brennstoffeinsatz von Holz werden 0,39 Tonnen CO₂ durch den Schornstein in die Luft geblasen. Dabei wird die Menge an CO₂ frei gesetzt, die ein Baum zum Wachstum im Laufe seines Lebens aufgenommen hat. Das Ganze wäre demnach also CO₂-neutral, wird argumentiert.

Es wird dabei aber vergessen zu sagen, daß das 60 Jahre und mehr gedauert hat, der Ausstoß aber momentan erfolgt und es wieder 60 Jahre und mehr dauert, bis neu gepflanzte Bäume diese Menge assimiliert haben. Es wird außerdem vernachlässigt, daß ein gefällter Baum kein CO₂ mehr aufnehmen kann. Das ist besonders schlimm bei der geringen Nachfrage nach Tropenholz und anderen begehrten Holzarten leider auch zum Zwecke des Verheizens.



Das abgebrannte Kühlhaus des Holzkraftwerkes Eberswalde (HOKAWE) soll bald wieder aufgebaut werden. Offenbar hat der Insolvenzverwalter Interessenten für einen Weiterbetrieb gefunden. Ob dabei auch die Option einer Fernwärmeversorgung für Eberswalder Stadtteile eine Rolle spielt?

Werden wie im Eberswalder HOKAWE bei 8.000 Betriebsstunden je Stunde 20 Tonnen Holz verbrannt, werden dabei 26 Tonnen CO₂ frei. Das ergibt die ungeheure Jahresmenge von 208.104 Tonnen CO₂. Jedem Eberswalder wird damit sein CO₂-Fußabdruck um 5,2 Tonnen vergrößert.

Klimaexperten sind sich einig, daß als Brückentechnologie für die wirklich klimaneutralen Energien keine Braunkohle und Steinkohle mehr verbrannt werden dürfen und ich beziehe das Holz darin ein. Übereinstimmend

wird als Primärenergie für die Überbrückungszeit Erdgas favorisiert. Erdgas ist zwar nach der Definition ein fossiler Brennstoff, jedoch mit nur 0,2 t/MWh Brennstoffeinsatz am klimafreundlichsten. Außerdem lassen sich Gaskraftwerke am schnellsten dem Energiebedarf anpassen, wenn das nötig ist. Das kann der Fall sein, wenn z.B. die Wind- oder Sonnenenergie zeitweise nicht ausreicht, sowie bei Spitzenlast.

Das waren nun eine Menge Zahlen, die aus meiner Sicht aber nötig sind zum Verständnis und um sich eine eigene Meinung zu bilden.

Aufbau Leibnizbrücke

Eberswalde (prest-ew). Nach einer Bauzeit von nur fünf Monaten soll am 4. Dezember die Leibnizbrücke wieder über den Finowkanal führen. Bereits Ende November begannen die Vorbereitungen für die Arbeit mit einem 280 Tonnen schweren Kran, der südlich des Finowkanals aufgebaut wird. Der Brückenkörper wurde von der Oderberger Stahlbau GmbH in drei Teilen vorgefertigt. Mit circa 30 Tonnen Gewicht ist das Mittelstück das schwerste.

Der Ausbau der Stadtpromenade am Finowkanal wurde in 5 Losen ausgeschrieben. Den Auftrag für diese Leistungen an der Brücke erhielt die STRABAG AG zusammen mit der Oderberger Stahlbau Gesellschaft. Die STRABAG hat die neuen Widerlager und Stützpfiler hergestellt. Die Gesamtkosten für die Brücke betragen rund 776.000 Euro.

50 Hertz »ändert« den Plan

Eberswalde (bbp). Für die sogenannte »Uckermarkleitung« soll demnächst die Planfeststellung beginnen. Zuvor gab es noch Änderungen, zu der die Stadt Ende November eine Stellungnahme abzugeben hatte. 50 Hertz hält an der Freileitung fest. Die Forderung der Stadt, die »Uckermarkleitung« im Stadtgebiet als Erdkabel zu verlegen – wie die Stadtverordneten beschlossen hatten – blieb unberücksichtigt.

Für Eberswalde relevant ist eine »Verlegung der Trassenlinie zwischen Mast Nr. 245 und 247, wodurch ein größerer Abstand zur Wohnbebauung Finow-Ost erreicht wird«. Konkret handelt es sich also um eine Verlegung von Mast Nr. 246, der ein paar Meter weiter weg von den Wohnblöcken des Kopernikusrings erbaut werden soll. Dafür müssen jetzt allerdings einige Gara-

gen des Garagenkomplexes am Kopernikusring weichen. Konkret betroffen sind die vierte und fünfte Garagenreihe von der B167 aus.

Für die betroffenen Bewohner des Brandenburgischen Viertels ändert sich nichts. Der bestellte Gutachter bescheinigt hinsichtlich der elektromagnetischen Emissionen im Bereich der Wohnbebauung in Eberswalde »eine wesentliche Unterschreitung der Grenzwerte«. So kommt 50 Hertz zu der Feststellung: »Eindeutige wissenschaftliche Erkenntnisse über einen Zusammenhang von Freileitungsbau oder -betrieb und gesundheitlichen Gefahren liegen für den Menschen nicht vor«. Hinweise auf solche Zusammenhänge gibt es hingegen durchaus, die bislang nicht durch »eindeutige wissenschaftliche Erkenntnisse« widerlegt werden konnten.

Diskussion zu Brandenburgs Forstwirtschaft:

Sägen wir am eigenen Ast?

Ein Abend an der Fachhochschule Eberswalde am 29. November 2012

Im Sommer 2011 meldete das Holzkraftwerk Eberswalde HOKAWE Insolvenz an. Der Landrat des Barnim hatte die Idee, das Werk zu kaufen und als kreiseigenes Unternehmen weiterzubetreiben. Das trieb Waldfreunde und Abgeordnete auf den Plan, die nachwiesen, daß der Weiterbetrieb weder wirtschaftlich noch ökologisch noch energiepolitisch sinnvoll ist. Sie holten sich Fachleute ins Boot, wie Prof. Dr. Ibisch von der Hochschule Eberswalde und Dr. Bimboes, einen Kenner der Wald- und Holzwirtschaft im Land Brandenburg. Prof. Ibisch und Mitarbeiter brachten sich unmittelbar in den Entscheidungsprozeß ein. Dr. Bimboes beschäftigte sich mit der speziellen Barnimer Situation. Ein Ergebnis seiner Arbeit ist der Aufsatz: »Am eigenen Ast sägen – wie die Wälder Brandenburgs geplündert werden« (www.nachhaltig-links.de/index.php/wald/1151-ast-saenge-bimboes). Dieser Aufsatz war Anlaß für den Diskussionsabend, zu dem der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt (DIE LINKE) eingeladen hatte.

Etwa 80 Forstleute, Studenten, Vertreter von Vereinen und Verbänden und interessierte Bürger waren gekommen. Nicht anwesend waren Vertreter der unteren Naturschutzbehörde und der Barnimer Energie Gesellschaft. Im Podium saßen sechs Herren verschiedener Fachrichtungen und Institutionen. Jeder von ihnen hielt einen etwa zehnminütigen Einführungsvortrag.

Zunächst trug Dr. Bimboes seine Thesen vor: Forstwirtschaft und Holzwirtschaft können nur als Einheit betrieben werden. Es sollte einheitlich nach den strengeren FSC-Kriterien gearbeitet werden. Der riesige Holzbedarf der Industrie – Sägewerke und Papierindustrie – und der Holzkraftwerke kann nicht, jedenfalls nicht mit den geeigneten Sortimenten aus dem Landeswald gedeckt werden. Nennenswerte Importe sind erforderlich. Holz sollte vorrangig für die Herstellung langlebiger Produkte genutzt werden, auch als Austausch für andere Baumaterialien wie Stahl, Beton und Aluminium. Es ist erforderlich – auch im Sinne einer Kohlenstoffspeicherung – im Wald höhere und ältere Bestände aufzubauen. Zur Energiegewinnung sollte nur Holz eingesetzt werden, das für anderes nicht geeignet ist. Holzverbrennung ist nicht CO₂-neutral. Holzkraftwerke emittieren soviel CO₂ wie Kohlekraftwerke und es dauert Jahrzehnte, bis das Holz nachgewachsen ist.

Die nachfolgend Vortragenden bezogen sich mehr oder weniger, teilweise kritisch, überwiegend jedoch zustimmend auf Dr. Bimboes.

Hubertus Kraut, Direktor des Landesforstbetriebes (LFB), charakterisierte Entwicklung und derzeitige Situation des LFB als grundsätzlich positiv. Im Jahr 2012 betrug der Zuwachs 1,7 Mio Festmeter (fm), eingeschlagen wurden 1 Mio fm. Holz sollte vorzugsweise als Baustoff genutzt werden. Obwohl die FSC-Kriterien nur auf ausgewählten Standorten angewandt werden und z.B. das HOKAWE weiter betrieben wird, sieht er eine nachhaltige Nutzung des Landeswaldes als gegeben. Jeder Kubikmeter Holz, der nicht genutzt wird, sei gut zu begründen. 2.000 Mitarbeiter wollen bezahlt werden. Pfliegerückstände sind nachzuholen. Es gehe darum, das anfallende Holz zu verwerten.

Freiherr von Lüninck, Vorsitzender des Waldbesitzerverbandes, bescheinigte dem Wald in Brandenburg einen guten Pflegezustand. Planwirtschaftliche Ansätze in der Wald- und Holzwirtschaft seien zu vermeiden. Der Umgang mit dem Wald darf kein Selbstzweck sein. Er befürwortet die Zertifizierung. Die energetische Nutzung gehöre dazu. Die Kritik von Dr. Bimboes am Holzverbrauch für individuelle Heizungen und die Auffassung, man sollte besser Gas verbrennen, teile er nicht.

Stefan Kreft, für das Dekanat Prof. Ibisch an der Fachhochschule, leistete einen Beitrag aus der Sicht ökologischer Forschung. Der Klimawandel bedingt Verluste an Produktivität. Die These: »Durch den globalen Klimawandel vergrößert sich unser Nichtwissen (weiter)« bedeutet, Handlungsweisen zu finden und anzuwenden, die sicher geeignet sind, die Resilienz (Widerstandsfähigkeit) der Wälder zu erhöhen und deren Vulnerabilität (Verwundbarkeit) zu senken. Besonders problematisch sind die Klimaschwankungen. Ohne das ausdrücklich so zu formulieren, unterstützt er offensichtlich die Thesen von Dr. Bimboes zur Pflicht eines schonenden, nachhaltigen Umgangs mit dem Wald.

Tom Kirschev, bisher Vorsitzender des NABU, trug zur Bedeutung der biologischen Vielfalt vor und relativierte die Aussagen von Hubertus Kraut hinsichtlich des guten Zustandes der Wälder. Er verwies auf die besondere Bedeutung des Waldbodens als Kohlenstoffspeicher. Der Bestand besteht nach wie vor aus 3/4 Koniferen im Alter von nur 40 - 80 Jahren. Der Holzbedarf bedingt eine enorme Importrate. Ursachen für die derzeitigen Probleme sieht er in erster Linie darin, daß der Nachhaltigkeitsbegriff einseitig unter dem Aspekt der möglichen Erträge gesehen wird, in der Orientierung auf Massensortimente und im Bestreben des Landes, auf dem Holzmarkt als »big player« zu agieren.

Prof. Murach von der Fachhochschule verwies auf eigene Ausarbeitungen zur Frage, ob genug Dendromasse nachwächst. Er verwies auf die Tatsache, daß die Potentiale des Landeswaldes begrenzt sind. Unter Klimaaspekten leistet genutzter Wald mehr als ungenutzter

Wald. Energieholz falle als Koppelprodukt bei der Holzernte an, ein gesonderter Einschlag von Energieholz ist für ihn keine Option. Im zweiten Teil seines Vortrages beschäftigte er sich mit dem Anbau von Energieholz auf landwirtschaftlichen Flächen. In Brandenburg sind ca. 300.000 ha für den Agrarholzanbau geeignet. Bisher wird davon nur ein kleiner Teil genutzt. Die in dieser Weise genutzten Flächen werden zwar zunehmen, es ist jedoch mit nicht mehr als ca. 100.000 t Holz pro Jahr zu rechnen.

Die anschließende allgemeine Diskussion war sehr lebhaft und wurde besonders von den anwesenden Forstleuten sehr engagiert geführt. Es herrscht allgemeiner Konsens, daß die Multifunktionalität des Waldes zu beachten und zu respektieren ist. Die Bedeutung der Biodiversität des Waldes, seine Funktion als Kohlenstoffspeicher, die Stabilität des Systems durch Artenreichtum und eine wirksame Zertifizierung sind unstrittig. Zum Aufbau größerer und auch älterer Bestände gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Vollständige Einigkeit gibt es in der Kritik an Entscheidungen der Landesregierung in zweierlei Hinsicht: Der Aufbau von Holzkraftwerken und der Abschluß von Holzlieferverträgen mit diesen Betrieben wurde von der Landesregierung mit dem Hinweis auf die zu bewältigende Energiewende erzwungen. Das Aufkommen an Energieholz reicht nicht. Der LFB muß Restholz aus Privatwald zukaufen, um die Lieferverträge erfüllen zu können.

Der Einsatz von Industrieholz als Brennstoff widerspricht der anzustrebenden Kaskadennutzung von Holz und der Forderung zur Herstellung langlebiger Holzprodukte.

Das Bestreben und die Entscheidungen zum Stellenabbau führt zwangsläufig zu Problemen. Bereits jetzt besteht akuter Fachkräftemangel, der sich in den kommenden zehn Jahren noch verschärfen wird. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten des LFB beträgt derzeit 52 Jahre.

Die anwesenden Landtagsabgeordneten Beyer (FDP) und Dr. Luthardt (LINKE) nehmen das Ergebnis mit in den Landtag.

Fazit: Es wurden Fehlentwicklungen offensichtlich. Man kann dazu neigen, die Frage: »Sägen wir am eigenen Ast?« mit »ja« zu beantworten. Natürlich war das Wort von der »Plünderung des Waldes« eine (gewollte) Provokation. Natürlich konnte das der Direktor des LFB so nicht stehenlassen, war aber mit seinen Gegenargumenten nicht so sehr überzeugend. Es gibt Defizite in der Pflege und Tendenzen, sogar praktische Beispiele für Übernutzung des Waldes. Die Gefahren für den Wald gehen nicht nur vom Klimawandel und vom Nutzungsdruck aus, sondern unmittelbar von der Landesregierung. Das gibt zu denken und zwingt zum Handeln.

Die Forstleute, das wurde deutlich, haben die Probleme erkannt und tun offenbar ihr Bestes, um den Wald für uns alle nicht nur zu nutzen sondern zu erhalten und zu mehrern. Das gibt Hoffnung.

Stillschweigend beerdigt Namensgebung ohne breite Akzeptanz

Wir begrüßen das vorgelegte Erinnerungskonzept für Amadeu Antonio. Es ist eine ehrliche Bestandsaufnahme und gute Würdigung des bisherigen Prozesses. Auch die vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen, unterstützen wir.

In einem Punkt jedoch teilen wir die Auffassung der Verwaltung nicht. Und zwar in der Vorstellung, daß die Namensgebung für das Bildungszentrum und die Straßenumbenennung konkurrierende Vorschläge seien, von denen nur einer zur Umsetzung kommen könne. Dafür gibt es keine logische Begründung. Im Gegenteil. Beides würde sich aus unserer Sicht ergänzen.

Wir halten daher an dem Vorschlag fest, den benannten Abschnitt der Eberswalder Straße in »Amadeu-Antonio-Straße« umzubenennen. Das nicht nachlassende bürgerschaftliche Engagement in diese Richtung seitens der Kampagne »Light me Amadeu« und des Afrikanischen Kulturvereins unterstützen wir weiterhin aktiv. Die Begründung dafür liefert das Erinnerungskonzept selbst. Dort heißt es, im Hinblick auf Authentizität und Symbolkraft kann die Namensgebung für das Bildungszentrum nicht mit der Straßenumbenennung konkurrieren.

Die Benennung des Bildungszentrums in »Amadeu-Antonio-Haus« ist eine gute Sache. Man kann dort Bildung und Beschäftigung mit Rassismus verbinden. Ein Negativaspekt ist dabei dennoch vorhanden. Der ausgerufene öffentliche Wettbewerb zur Namensfindung für das Haus in der Puschkinstraße und die damit einhergegangene Bürgerbeteiligung werden nunmehr stillschweigend beerdigt.

KAREN OEHLER

Namentliche Abstimmung

Eberswalde (bbp). Auf Antrag der Fraktion LINKSREBELL./Allianz freier Wähler gab es in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. November zum Erinnerungskonzept für Amadeu Antonio eine namentliche Abstimmung. Mit 20 Ja-Stimmen bei 6 Ablehnungen und 6 Enthaltungen fand das Konzept eine klare Mehrheit.

Mit Nein stimmten: Ringo Wrase (SPD), Ingo Naumann und Dr. Hans Mai (beide fraktionslos), Andreas Wutskowsky (Freie Wähler) sowie Dr. Günter Spangenberg und Carsten Zinn (beide LINKSREBELL./Allianz freier Wähler). Enthaltung übten: Sabine Büschel, Torsten Duckert, Hans Pieper (alle DIE LINKE), Dr. Christel Brauns, Hardy Lux (beide SPD) sowie Frank Banaskiewicz (FDP/Bürgerfraktion für den Barnim). Die fünf Stadtverordneten Uwe Grohs (CDU), Martin Hoeck (FDP/Bürgerfraktion für den Barnim), Günter Schumacher (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) sowie André Klawitter und Dr. Ilona Pischel (beide DIE LINKE) waren nicht anwesend.

Nun ist es beschlossen: Das Eberswalder Bürgerbildungszentrum soll den Namen »Amadeu-Antonio-Haus« verliehen bekommen. Die Mehrheit der Stadtverordneten, sage und schreibe 20 an der Zahl, haben für das Erinnerungskonzept gestimmt und sich, so muß man es schon sagen, zum Steigbügelhalter der boginskischen Bürgermeisterpolitik gemacht. In der von der Fraktion LINKSREBELL./Allianz freier Wähler beantragten namentlichen Abstimmung entschieden sich 6 Stadtverordnete gegen die Namensgebung und die gleiche Anzahl enthielt sich der Stimme.

Wie auch diese Abstimmung im Stadtparlament ausgegangen ist: Mir vermittelt sich der Eindruck, daß der Namensvorschlag »Amadeu-Antonio-Haus« in der Bevölkerung keine breite Zustimmung findet. Das Thema ist in aller Munde und die Diskussionen darüber werden kontrovers und emotional geführt.

Bei vielen Eberswalderinnen und Eberswaldern stößt der Namensvorschlag sogar auf außerordentlichen Widerwillen.

Vor diesem Hintergrund frage ich mich: Was macht es für einen Sinn, dem Bürgerbildungszentrum, welches ein Haus der Bürger werden soll, einen Namen aufzuhelfen, der von breiten Teilen der Bevölkerung diesbezüglich nicht akzeptiert wird? Wie sollen sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem Haus identifizieren, wenn eine solche Benennung zu einer rein verwaltungstechnisch-parlamentarischen sowie zu einem Instrument eines politischen motivierten Opportunismus verkommt, der Bürgerwille jedoch kein Gehör findet? Auf parlamentarischem Wege soll also mit wenig Sensibilität und Fingerspitzengefühl in der Sache ein Amadeu-Antonio-Haus geschaffen werden. Anstatt die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und für die Sache der Bürgerbildung zu gewinnen oder gar zu begeistern, ist zu befürchten, daß dieser Namensvorschlag eher Gräben aufreißen wird. Vor diesem Hintergrund hätten Stadtverordnete und Stadtverwaltung besser daran getan, das Erinnerungskonzept für den im Jahr 1990 in Eberswalde durch rassistisch motivierte Gewalt zu Tode gekommenen angolanischen Vertragsarbeiter Amadeu Antonio Kiowa zu überarbeiten bzw. die Erinnerung auf andere Weise würdig zu gestalten.

Der Auffassung des Eberswalder Dr. Stolpe schließe ich mich voll und ganz an. In einem Leserbrief der Märkischen Oderzeitung nennt er die Verfahrensweise zurecht »Märtyrerpersonenkult« und schreibt: »Eine Gedenktafel und ein Preis ist sicher dem Anliegen angemessen, aber das Haus für die Bürger, das in allen Städten der Bundesrepublik schlicht 'Bürgerhaus' genannt wird, zur Erinnerungsstätte für Amadeu Antonio oder zur Mahnstätte gegen Rassendiskriminierung und Rechtsextremismus umzuwandeln erscheint doch sehr überzogen.«

In diesem Zusammenhang möchte ich an Folgendes erinnern: Im Februar dieses Jahres unterbreiteten die Eberswalder Grünen den Vorschlag, das Bürgerbildungszentrum nach dem Erfinder der Sendung mit der Maus, Die-

ter Saldecki, einem gebürtigen Eberswalder, zu benennen. Darüber gab es dann eine intensive Debatte. Nicht zuletzt weil der verstorbene Professor Saldecki im Bereich der Bildung von Kinder und Jugendlichen weltweit große Verdienste erworben hatte, fand der Namensvorschlag »Dieter-Saldecki-Haus« unter den Eberswalderinnen und Eberswaldern eine unerwartet große Zustimmung und gewann mit großem Abstand die von der Märkischen Oderzeitung initiierte Online-Umfrage. Allerdings war ein »Dieter-Saldecki-Haus« der Rathausspitze, aus welchen Gründen auch immer, nicht genehm und sie setzte alles daran, dies zu verhindern.

Weiterhin sei ins Gedächtnis gerufen, daß im Frühjahr die Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde seitens der Stadtverwaltung öffentlich aufgerufen worden sind, sich an der Namensfindung für das neu zu entstehende Bürgerbildungszentrum zu beteiligen. Für den Sieger wurde sogar eine Jahreskarte für den Besuch des balf ausgelobt. Das aber ist nun Geschichte, denn frühzeitig wurde der Namensfindungsprozeß, u.a. auf Empfehlung des Kulturbirates, jäh unterbrochen. In all seinen Facetten könnte der Namensfindungsprozeß seitens einiger Akteure der Stadtverwaltung und der Stadtverordneten etwas sarkastisch als Lehrstück einer »lupenreinen demokratischen Verfahrensweise« bezeichnet werden.

Wie geht es nun weiter? Im Stadtparlament ist die Namensgebung zwar durch, der Umbau des Hauses in der Puschkinstraße allerdings noch nicht abgeschlossen, ein Bürgerbildungszentrum mit dem Namen »Amadeu-Antonio-Haus« noch nicht eingeweiht. Bis dato ist also nichts endgültig entschieden. Zeit wäre demnach noch bis Ende 2013. Eine Frist, die die Gegner eines »Amadeu-Antonio-Hauses« nutzen können und sollten, um diese politische Fehlentscheidung zu kippen. Dazu müssten sie viele Eberswalder Bürgerinnen und Bürger ins Boot holen, die eine solche Namensgebung ebenfalls nicht wünschen. Zwar wäre hierzu wohl wenig Überzeugungskraft erforderlich, jedoch bedeutet dies trotzdem eine Menge Organisation und Klinkenputzen, also viel Engagement und Zeit. Und politischen Druck!

Fazit: Noch ist den Bürgerinnen und Bürgern von Eberswalde nicht aus der Hand genommen, welchen Namen IHR Bürgerbildungszentrum zukünftig erhalten soll.

Dr. ANDREAS STEINER



Ein unübersehbarer Stolperstein

Leserbrief zu: »Eingemauerte Baumsynagoge« (BBP 11/2012)

Im Zweiten Weltkrieg sind große Teile der Berliner Innenstadt zerstört worden. Vieles, aber nicht alles wurde wieder aufgebaut. Nichts liegt näher, als berühmte Flächen zu begrünen. So wächst Gras über die Geschichte.

Zu besichtigen ist das in Berlin Mitte, zwischen dem Roten Rathaus und der Marienkirche. Heinz Knobloch, der unbestechliche Chronist und aufmerksame Stadtflaneur warnte deshalb in einem Essay: »Bürger mißtraut den Grünanlagen«. Seine Mahnung kommt mir in den Sinn, wenn ich die Kritik zur »Eingemauerten Baumsynagoge« (BBP 11/2012) lese.

Zugegeben, es ist naheliegend, dem Vorschlag des ungenannten Eberswalder Architekten zu folgen, zwar nicht Gras, aber doch ein paar Bäume auf dem sowieso kleinen Grundstück der zerstörten Synagoge wachsen zu lassen. Wahrscheinlich war das auch der erste Gedanke, den die Initiatoren für die Neugestaltung des Synagogengrundstücks hatten. Ein Park ist ein Ort zum Verweilen und zum Nachdenken, vielleicht aber auch für ein Picknick, unbeschwerter Entspannung.

Erinnerung, zumal historisches Gedenken aber, ist spezifischer und die Gestaltung des Gedenkortes sollte dem entsprechen.

Bei der Erinnerungskultur, der Gestaltung der Gedenkstätten, ist deshalb ein historischer Wandel zu beobachten. Die alten Formen des Gedenkens, die entweder durch die Verwendung von oft überdimensionalen Symbolen (Fackeln, ewige Flamme, gekettete Hände oder heroisierende, oft auch naturalistische Darstellungen) gekennzeichnet waren, die auf emotionale Ansprache des Betrachters, wenn nicht gar dessen emotionale Überwältigung zielten, sind seit Ende der achtziger Jahre von einer neuen Bildsprache, die auf die geistige Auseinandersetzung des Betrachters setzt, abgelöst worden. Dieser Wandel vollzog sich nicht konfliktfrei und war in der öffentlichen Diskussion durchaus von Mißverständnissen und Unverständnis begleitet. Man darf die Macht alter Sehgewohnheiten und tradiertter Erwartungshaltungen nicht unterschätzen.

Der von Horst Hoheisel und Andreas Knitz gestaltete Gedenkort in Eberswalde wirkt zunächst verstörend und irritierend. Es ist ein großer Stolperstein in der Stadtlandschaft, auch dann noch, wenn die frisch gepflanzten Winterlinden gewachsen sein werden, der sich aber bei genauerer Beschäftigung doch dem Betrachter erschließt. Das umlaufende Band der Inschrift thematisiert die 700jährige Geschichte der Juden in Eberswalde, den 1931 durch einen Blitzschlag ausgelösten Brand der Synagoge, der damals noch gelöscht wurde, die Zerstörung der Synagoge 1938 und die Vertreibung, Deportation und Ermordung der Eberswalder Juden.

Die in der BBP kritisierte Unzugänglichkeit des Innenraums des Denkortes bezeichnet den Verlust, der durch die Vernichtung der Ebers-

walder Juden hier entstanden ist. Hoheisel spricht davon, die »Anwesenheit von Abwesenheit« sichtbar zu machen. Die Unzugänglichkeit des Innenraums bezeichnet den Verlust, wenn wir dieses Symbol annehmen, wenn wir diesen Gedanken zulassen und uns nicht dagegen sperren. Der Vorwurf, hier werde eine die Menschen ausgrenzende, arrogante Erinnerungskultur angestrebt, verfehlt die Intention der dem Bau zu Grunde liegenden Konzeption und wird den Urhebern nicht gerecht, die sich durch bedeutende Beiträge zur Erinnerungskultur ausgewiesen haben. Erwähnt seien hier der Aschrottbrunnen in Kassel (1987) und »Das Denkmal der Grauen Busse« zur Erinnerung an die Ermordung von Behinderten während des Nationalsozialismus (Euthanasie-Aktion T 4, 1940/41).

Eine Inbesitznahme des als Park gestalteten Innenraums der zerstörten Synagoge verbietet sich von selbst. Deshalb ist die Aussparung dieses Raums unabweisbar und die Parole: »Die Mauer muß weg« (BBP, 8/2010) zurückzuweisen. Aus der Verantwortung, die aus der deutschen Geschichte erwächst, ergeben sich auch gewisse Begrenzungen. Deshalb können wir z.B. über das Synagogengrundstück, jenseits aller eigentumsrechtlichen Fragen, die inzwischen wohl geklärt sind, nicht frei verfügen.

Der Eberswalder Denkort fügt sich ein in die Reihe der in den letzten 20 Jahren gestalteten Gedenkort und Mahnmale wie z. B. der von dem polnischen Künstler Karol Broniatowski 1991 geschaffenen Betonwand mit den Negativformen menschlicher Körper an der Zufahrt zum Bahnhof Grunewald zum Gedenken der Opfer der Deportationen oder dem 1995 von Micha Ullmann in Berlin geschaffenen Mahnmale zur Bücherverbrennung unter dem Pflaster des Bebelplatzes, einem unzugänglichen Raum mit leeren (ausgeräumten) Bücherregalen, der nur durch eine in das Pflaster eingelassene Glasscheibe eingesehen werden kann.

Zur Erläuterung dient ein Zitat von Heinrich Heine: »Das war ein Vorspiel nur. Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen«. (Heinrich Heine: *Almansor*, 1820).

HARTMUT LINDNER

»Mann, ist das böse!«

Ein »Gedekxperte« aus den USA hat sie gelobt (MOZ, 28.11.2012). Daraufhin habe ich mir heute mal die Sühnagoge angesehen. Inklusiv des schicken Zauns an der Straße ist da ja ein richtig toll nachgestelltes Klein-KZ entstanden. Haben die wenigstens die letzten Eberswalder Juden gleich mit eingemauert? Mann, ist das böse!

JÖRG WALDECKI

Kritik an Landrat Ihrke:

Überfordert oder ignorant

Viele Bewohner der Gemeinde Wandlitz sind wegen des geplanten Asylbewerberheims besorgt. Landrat Ihrke berichtete auf der Einwohnerversammlung im Goldenen Löwen in Wandlitz: »Wir haben da mal gegoogelt, wer in unmittelbarer Nähe wohnt und die haben wir angeschrieben und informiert.« Der Landrat spricht von 36 Briefen, die von der Verwaltung an betroffene Bürger verschickt worden seien.

Bündnis 90/Die Grünen kritisieren dieses Kommunikationskonzept des Landrats scharf. Wer meint, mit 36 Briefen eine Gemeinde von über 20.000 Einwohnern informieren können, ist mit dieser Aufgabe offensichtlich überfordert oder ignorant. Er schürt durch seine katastrophale Informationspolitik die Ängste der Menschen und fördert auf diese Weise fremdenfeindliche Haltungen.

Wir fordern vom Landrat schnellstmöglich die Veröffentlichung eines belastbaren Konzepts. Die von Ihrke öffentlich genannten Zahlen zur Belegungshöhe und dem Betreuungsschlüssel sollten darin festgeschrieben werden. Auch über die Folgekosten für die Gemeinde muß Klarheit herrschen.

Welche Maßnahmen plant der Landrat, um eine Eingliederung der Asylbewerberkinder in den Schulalltag zu ermöglichen? Sind Gespräche mit den Eltern und Lehrern geplant? Wer wird diese führen? Wie werden Lehrer, Eltern und Kinder vorbereitet?

Bündnis 90/Die Grünen fordern den Landkreis auf, jährlich 5.000 Euro bereitzustellen, um das friedliche Miteinander von Bürgern und Asylbewerbern in Wandlitz zu gestalten.

Die Asylbewerber sollten vorrangig in den Städten Eberswalde und Bernau untergebracht werden. Hier haben sie die besten Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und es gibt gute Versorgungsmöglichkeiten und Verkehrsverbindungen. In der Stadt sind Ausländer nicht so stark in der Außenseiterrolle, haben mehr Kontaktmöglichkeiten und Wohnungen stehen eher zur Verfügung als auf den Dörfern.

STEFAN BÖHMER,

Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Barnim

Kein Randgruppenproblem

Mit einer klaren Mehrheit für das Konzept haben die Stadtverordneten ein deutliches Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und für den Bewußtseinswandel in der Stadt gesetzt. Eine jüngst von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Studie belegt: Rechtsextrêmes Gedankengut ist bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet und nicht nur ein Problem von Randgruppen. Unsere Antwort darauf kann nur ein noch stärkeres Engagement für die Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit sein, egal in welchem Gewand sie daher kommt. Dazu gehört auch eine Kultur des Erinnerns an die Opfer rechter Gewalt.

AXEL VOGEL, MdL Bündnis 90/Die Grünen

Energiegenossenschaft

Eberswalde (bbp). In der Region Uckermark-Barnim sollen nach Informationen des Erneuer-Bar-Regionalbüros, das nach Auslaufen der Bundesförderung von der Barnimer Energiegesellschaft weiterbetrieben werden soll, im Bereich regenerativer Energien genossenschaftlich organisierte Netzwerkpotentiale erschlossen werden. Dabei geht es darum, »arbeitsmarktpolitische Zielgruppen« einzubeziehen.

Dazu hat die Dr. Grundmann Consult aus Prenzlau das Projekt EGON (Erschließung genossenschaftlich organisierter Netzwerkpotentiale im Bereich regenerativer Energien unter Einbeziehung arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen) ins Leben gerufen. Das transnationale Projekt zielt auf einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zum Thema Energiegenossenschaften ab, insbesondere in Hinblick auf die Gründung von Energiegenossenschaften und der Einbindung von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen (Leistungsbezieher SGB II und SGB III sowie Nichtleistungsbezieher). Die gewonnenen Ergebnisse sollen abschließend in einem Praxisleitfaden zusammengefaßt und dokumentiert werden. Als europäische Partner konnten der Genossenschaftsverbund Südtirol legakoopbund, die Energiegenossenschaft Schluderns-Glurns aus Südtirol und die europäische arbeitsmarktpolitische Stiftung Europejski Dom Spotkan – Fundacja Nowy Staw aus Polen gewonnen werden. Die Einbeziehung erfolgreicher Energiegenossenschaften aus der BRD ist ebenfalls vorgesehen. Im September traf sich die Lenkungsgruppe zum Projekt EGON, in der auch das Regionalbüro Barnim vertreten ist, zu einer ersten konstituierenden Sitzung in Prenzlau. Die weiteren Aktivitäten wurden besprochen und die Auftaktveranstaltung Mitte November wurde geplant.

Moderne Energie-Produktion steht gemeinsam für Hochtechnologie, die mit wenigen Arbeitskräften auskommt. EGON hingegen setzt offensichtlich auf den vermehrten Einsatz menschlicher Arbeitskraft.

Fahrbahnerneuerung

Eberswalde (bbp). Die Fahrbahn der Frankfurter Allee hat zwischen der Potsdamer Allee und der Spreewaldstraße eine neue Asphaltdecke erhalten. Als Unterbau konnte hier die vorhandene Betonfahrbahn genutzt werden. Für den Abschnitt bis zur Spechthausener Straße sind jedoch Baugrunduntersuchen notwendig. Dabei muß auch der Gehalt an Polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) und der Phenolindex bestimmt werden, weil sich daraus ergibt, ob und wie das vorhandene Material weiterverwendet werden kann. »Wir beabsichtigen schon, den Mißstand im Haltestellenbereich schnellstmöglich zu beseitigen«, verlautet es aus dem Bauamt. Bei einer »derartig verformten Asphaltdeckschicht« könne nicht ohne Vorlage der Untersuchungsergebnisse über eine Instandsetzung entschieden werden.

Die alte Schule im Dorf lassen

Die ehemalige Dorfschule in Brodowin steht leer und soll verkauft werden. Ein Verkauf von kommunalem Eigentum verbessert ohne Frage die Einnahmesituation unserer Gemeinde. Doch das Geld ist schnell verbraucht und dem Ortsteil Brodowin werden für die Zukunft einige Entwicklungsmöglichkeiten genommen. Viele Kommunen bereuen heute solche Verkäufe und kaufen teilweise ihre ehemaligen Immobilien mühsam zurück.

Die Gemeinde Chorin hat vor nicht allzu langer Zeit ein Leitbild verabschiedet. Darin heißt es: »Für die gemeinschaftliche Nutzung von Einrichtungen einzelner Ortsteile wie z.B. Jugend-

dclubs, Kindertagesstätten, Gemeinderäume soll ein Konzept erarbeitet werden. Für die Nutzung von leer stehenden Gebäuden und Flächen sollen besonders jungen Familien Anreize geschaffen werden. Die Instandsetzung und -haltung von Gebäuden für eine öffentliche Nutzung ist zu gewährleisten.« Die Gemeindevertretung darf es sich also nicht so einfach machen. Mit den Bürgerinnen und Bürgern von Brodowin muß ein tragfähiges Konzept für eine zukünftige Nutzung erarbeitet werden. Ich bin gegen einen Verkauf der alten Schule.

Dr. MICHAEL LUTHARDT,
Gemeindevertreter Chorin

Besuch beim Eberswalder Bürgermeister

Lange schon bestand der Wunsch bei den Kindern der Hortgruppe in der Kita »Arche Noah«, einmal den Bürgermeister unserer Stadt zu besuchen. Am 27. November war es soweit. Neun Kinder und zwei Erzieherinnen machten sich auf den Weg. Im Gepäck hatten die Kinder viele Fragen, auf ein A4-Blatt aufgeschrieben. Wir waren pünktlich zum vereinbarten Zeitpunkt am Rathaus. Vor dem Rathaus wurde erst einmal geraten, wo wohl der Bürgermeister sein Büro hat. Dann bewunderten die Kinder die große schwere Tür. Anhand der Orientierungstafel erfuhren wir, daß das Büro des Bürgermeisters im zweiten Stock liegt. Wir fanden den richtigen Weg, waren aber doch erstaunt, daß die angegebene Zim-

mernummer des Bürgermeisterbüros nicht zu finden war. Um zum Bürgermeister zu kommen, mußte man erst zur Sekretärin Frau Bastian, die uns herzlich begrüßte.

Alle waren aufgeregt. Einige wurden immer ruhiger, andere redeten viel oder zappelten hin und her. Aber dann hatte der Bürgermeister Zeit für uns. Wir wurden in das Bürgermeisterzimmer gebeten und stellten als erstes fest, wir hatten falsch geraten. Vom Bürgermeisterbüro kann man auf den Marktplatz sehen, Orientierungspunkt ist die große Linde. Jetzt stellte uns der Bürgermeister die Frage, wie denn unsere Kita »Arche Noah« zu ihrem Namen kam. Nach anfänglichem Schweigen erzählte dann Anton einen kurzen Abriss der Noahgeschichte. Endlich durften wir unsere Fragen stellen. Die Kinder interessierte besonders: Ab wieviel Jahren darf man Bürgermeister werden? Was dem Bürgermeister an Eberswalde besonders gefällt, wie er zu unserem Potsdamer Platz steht, und warum ziehen wir erst so spät mit unserer Schule um. Die Kinder erhielten auf all ihre Fragen ausreichende Antworten.

Danach führte uns der Bürgermeister durch das große Rathaus. Besonders gefallen haben uns das Gefängnis und der große Tresor. Wir danken für das Gespräch, den Rundgang und die Geschenke, welche wir noch erhielten.

Der Hort der Kita »Arche Noah«



Fristverlängerung zur Ehrenamtsauszeichnung

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Frist für Vorschläge zur Auszeichnung ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger Eberswaldes wird bis zum 14. Dezember verlängert. Bisher haben sich offenbar nicht genug oder nicht die richtigen Bewerber gemeldet.

Wer den Einsatz einer Bekannten oder eines Nachbarn für andere herausragend findet, kann helfen, diese zu ehren. Anfang kommenden Jahres wird Bürgermeister Friedhelm Boginski besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde für ihre ehrenamtliche Tätigkeit auszeichnen. Die Arbeitsgruppe Ehrenamt bittet um schriftliche Vorschläge mit aussagekräftiger Begründung.

Für eine Auszeichnung ihres Ehrenamts kommen Erwachsene und Jugendliche in Frage, die mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement Gutes tun, sei es in Form von Nachbarschaftshilfe, in der Selbsthilfe kranker und behinderter Menschen, in der Familienförderung, in der Sport- und Kulturförderung, im Umweltschutz oder in anderen Bereichen. Auch Vereine beziehungsweise Initiativen können geehrt werden, ebenso wie Unternehmen, die sich in besonderem Maße uneigennützig für das Gemeinwohl der Stadt einsetzen.

Vorschläge an: Stadt Eberswalde, Barbara Bunge, Breite Straße 41-44, 16225 Eberswalde, eMail: b.bunge@eberswalde.de.

Bioenergie lokal und in Bürgerhand **Bahn Berlin – Szczecin**

Ausbauvertrag mit Polen im Dezember

Eine echte Energiewende kann nur gelingen, wenn die Energieerzeugung in vielen dezentralen Anlagen, die in Bürgerhänden der Einheimischen sind, erfolgt. Große Gewinne bleiben vor Ort, Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu Hause. Die Preise für die Energie werden am Ort der Erzeugung ausgehandelt und der Bedarf an Mega-Leitungen reduziert sich.

Die Akteure der Energiewende »von unten« sind die Bürgerinnen und Bürger der Kommunen, die Landwirte, die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen und private Investoren. Da die Energieerzeugung hauptsächlich im ländlichen Raum stattfindet, bekommt die Beziehung zwischen den Dörfern und den Städten eine neue Dimension.

Um die Tragweite dieser momentanen Entwicklung zu verdeutlichen, hatte ich den Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion, Christian Görke, am 20. November zu einer Diskussionsrunde mit lokalen Akteuren in die Fachwerkkirche Tuchen eingeladen. Es stellte sich heraus, daß uns als Verantwortungsträgern viele praktische Probleme gar nicht bewußt waren. So gab es denn auch viele Punkte, die wir beiden Parlamentarier zur Bearbeitung mit auf die Landesebene nehmen konnten.

Wir haben schon einen Vorschlag in die aktuelle Haushaltsdebatte eingebracht: der Titel für die kommunalen Energiekonzepte soll noch einmal aufgestockt werden. Auch müssen die

Voraussetzungen und die Form der Fördermittelvergabe vereinfacht werden. Es kann nicht sein, daß z.B. Fördermittel für Bürgerwindkraftanlagen aufgrund des Auftragsvolumens als europaweite Ausschreibung laufen müssen, die viele der Genossenschaften gar nicht umsetzen können. Außerdem erhält dann der vermeintlich billigste Anbieter den Zuschlag, so daß die Fördergelder nach Fernost gehen. Der Hersteller im eigenen Ort, ginge dann leer aus.

Als weiteres Problem wurde die Beschaffung von Eigenkapital bei Banken und Sparkassen beschrieben. Diese haben noch wenig Erfahrung mit der Finanzierung dieser Großprojekte und sind daher eher zurückhaltend. Schade, daß niemand von der Regionalplanung Uckermark-Barnim anwesend war. Denn auch in dieser Richtung besteht dringender Handlungsbedarf. Durch lange Bearbeitungszeiten mehrerer tausend Widersprüche gegen die Windeignungsgebiete wird auch die Umsetzung der Projekte auf bereits bestätigten, unstrittigen Flächen blockiert.

Insgesamt muß die Landesregierung die Projekte zur Schaffung der dezentralen Energieversorgung stärker unterstützen, denn die Bemühungen, die diese Bürgerinnen und Bürger unternehmen, mit einem Finanzvolumen bzw. auch -risiko von mehreren Millionen Euro, nutzen letztendlich uns allen.

Dr. MICHAEL EGIDIUS LUTHARDT, MdL

Die Bundesregierung hat sich zum Ausbau und zur Elektrifizierung der Bahnverbindung von Berlin nach Szczecin offenbar mit der polnischen Seite geeinigt. Das gab der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dr. Andreas Scheuer, in der gestrigen Fragestunde bekannt. »Eine Unterzeichnung des erforderlichen Ressortabkommens mit Polen wird von beiden Seiten für Dezember 2012 vorbereitet.«

Die Fertigstellung wird aber erst für 2020 angestrebt. Ursprünglich war die Fertigstellung bis 2016 geplant. Schuld an den Verzögerungen ist der fehlende politische Wille der Bundesregierung. Der Ausbau der Eisenbahninfrastruktur zwischen Deutschland und Polen wurde immer wieder angekündigt und verschleppt. Kein anderes Nachbarland ist auf der Schiene so schlecht erreichbar.

Der dringend notwendige Ausbau käme nicht nur dem Personenverkehr zugute, auch der Güterverkehr zwischen beiden Ländern würde davon profitieren.

Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb, dem Ausbau wichtiger grenzüberschreitender Strecken eine höhere Priorität einzuräumen und ein angemessenes Fernverkehrsangebot einzurichten.

*CORNELIA BEHM,
MdB, Bündnis 90/Die Grünen*

»Wir müssen unseren Lebensstil überdenken«

Menschen aus acht Ländern haben sich am 5. November im Waldsolarheim Eberswalde in einem von ROBIN WOOD veranstalteten EU-Workshop zum Thema Palmöl informiert und interaktiv Handlungsmöglichkeiten erarbeitet. Sie fordern von Konzernen/Produzenten den Palmöleinsatz zu reduzieren und regionale, einheimische Fette zu verwenden.

Produkte, die Palmöl enthalten, findet jeder Konsument in Europa, egal ob er in Polen oder Portugal zum Einkaufen geht. Palmöl steckt zum Beispiel in Keksen, Schokolade, vielen Fertignahrungsmitteln, Lippenstiften, Waschmittel und auch in Auto-Kraftstoff.

Durch die Anlage von Palmöl-Plantagen entstehen enorme ökologische Schäden: Die letzten tropischen Wälder werden zerstört, die Artenvielfalt schwindet und weltweit wird das Klima enorm belastet. Auch die Bewirtschaftung der Plantagen schadet der Umwelt, etwa durch Grundwasserabsenkungen und den Einsatz von Spritzgiften, die in Europa längst verboten sind. Außerdem entsteht soziales Elend durch die Plantagen, weil die lokale Bevölkerung von ihrem Land vertrieben wird. Dies belegen auch Recherchen, die ein ROBIN WOOD-Team kürzlich auf einer Reise in Indonesien gemacht hat.

Mit dem Zitat »Sei du selbst die Veränderung die du dir wünschst für diese Welt.« (Ghandi) motivierte Irendra Radjawali die Anwesenden. Er ist Forscher im Bereich politischer Ökologie und an Umweltaktivitäten in Indonesien beteiligt. Die Ökologin Andrea Höing aus Höxten

berichtete über ihre Projekte in indonesischen Dörfern: »Unsere Kartografien unterstützen die Menschen vor Ort, die Wichtigkeit ihres Gebietes für ihr Leben aufzuzeigen.«

Die TeilnehmerInnen sehen auf verschiedenen Ebenen Möglichkeiten, den gegenwärtigen Palmöl-Boom zu stoppen: Öffentlichkeit, Regierung, Wirtschaft, Verbraucher. Fernando aus Panama sieht als Lösung: »Wenn wir wieder mehr mit frischen und regionalen Produkten kochen, werden wir kein Palmöl mehr in unserem Essen finden.«

Bei einer Produktrecherche im Einzelhandel während des Workshops stellte sich heraus, daß es durchaus möglich ist, palmölfreie Produkte zu konsumieren. Der erste Schritt: Das Kleingedruckte in der Zutatenliste entziffern. Steht dort »Palmitate, pflanzliche Fette«, bedeutet dies, daß direkt das Fruchtföl der tropischen Ölpalme oder aber Stoffe, die aus Palmöl hergestellt wurden, enthalten sind. Bei einer öffentlichen Veranstaltung konnten sich auch interessierte BürgerInnen informieren und palmölfreie Produkte vom Globus Naturkostladen verkosten.

ANGELIKA KRUMM

Nachhaltiges Palmöl?

Die EU-Kommission hat im November einer Regelung zugestimmt, mit der Palmöl unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig eingestuft werden kann. Umweltverbände verurteilen die Entscheidung der Kommission. Palmöl treibe Entwaldung, den Verlust von Wildtieren und den Klimawandel voran. Laut einer eigenen Studie der Kommission produziert Palmöl durch indirekte Landnutzungsänderungen die höchsten Emissionen aller Biokraftstoffe. Um dem entgegenzuwirken, veröffentlichte die Kommission letzten Monat einen Richtlinienvorschlag (EU-News vom 18.10.2012).

<http://www.oekologische-plattform.de/>

Weitere Informationen rund ums Thema Palmöl finden Sie unter: www.robinwood.de/palmoel

Berichtigung: In dem Beitrag »Was habe ich mit dem Orang-Utan zu tun?« (BBP 11/2012, Seite 7) muß es richtig heißen: »Um Palmöl anzubauen, wurden bereits über 20 Millionen Hektar Regenwald abgeholzt« (statt Quadratkilometer).

Die Europakrise

Am 21. November hat das Jugendbündnis »Für Ein Tolerantes Eberswalde« (F.E.T.E.) sein bisheriges Themengebiet Neonazis und Rassismus verlassen und mit dem Jugendbildungsnetzwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine gute Veranstaltung zur Europakrise im Studentenclub Eberswalde gemacht. Die beiden Referenten Lisa Monz und Christoph Ernst machten insbesondere darauf aufmerksam, daß die Krisenursachen in der herrschenden neoliberalen Ideologie zu suchen sind und nicht etwa an faulen und korrupten Griechen. In den sogenannten starken Euro-Ländern, wie der BRD, ist in den vergangenen Jahren eine starke Lohndumping- und Deregulierungspolitik gefahren worden, die sich nachteilig auf andere Länder in der Eurozone ausgewirkt hat.

Es wurden auch Dinge wie die fehlende Kompetenz der Wirtschaftswissenschaften sowie die Uneinigkeit der Europäischen Linken und der Gewerkschaften angesprochen. Auch mit gängigen Vorurteilen wie jenem, daß »wir« Geld zu »denen« nach Griechenland senden, wurde aufgeräumt, da viel Geld wieder ins deutsche Bankensystem zurückfließt.

Im Anschluß wurde durchaus kontrovers diskutiert und gefragt, ob die Lösungen für diese Krise überhaupt innerhalb des kapitalistischen Systems zu suchen sind oder ob man gleich die ganze Gesellschaft neu aufstellen muß. Die Teilnehmenden waren sich in jedem Falle darüber einig, daß die aktuelle Politik und deren Vertreterinnen und Vertreter keinen Ausweg aus der aktuellen Situation bieten und eine breite Bewegung gegen den neoliberalen Mainstream notwendig ist.

FLORIAN GÖRNER

Tierschutzpreis

Eberswalde (prest-bar/bbp). Der Landrat des Landkreises Barnim lobt bereits zum dritten Mal den Tierschutzpreis aus. Bis Ende November konnten Vorschläge eingereicht werden. »Wir wollen mit dem Preis die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer würdigen, die sich kontinuierlich für den Schutz und das Wohlergehen der Tiere einsetzen«, erklärt Landrat Bodo Ihrke dazu. Das Preisgeld von 300 Euro soll an Barnimer Bürger oder Organisationen gehen, die besondere ehrenamtliche Leistungen für den Tierschutz erbracht haben. Manche kümmern sich um frei lebende herrenlose Tiere oder unterstützen die Arbeit von Tierheimen. Andere leisten Hilfe für in Not geratene Tiere.

Im vorigen Jahr ging der Preis an der Melchower Verein »Pflegestation für Wildtiere e.V.«, der in Not geratene Wildtiere versorgt.

Über die Preisvergabe entscheidet Landrat Bodo Ihrke persönlich. Die Vorauswahl besorgen ihm die Sozial- und Umweltdezernentin Silvia Ulonska und der Amtstierarzt Dr. Volker Mielke. Der Landrat vergibt den Preis auf einer öffentlichen Preisverleihung.

Etwas über Meinungsfreiheit

Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten ... Als der Text dieses bekannten Liedes gedichtet wurde, da gab es noch keine Apparate, die geheime Gedanken aufspüren konnten, aber die Aussage ist trotzdem auch heute noch richtig – jedenfalls im täglichen Leben von Otto Normalverbraucher. Darum soll es hier aber nicht gehen.

Viel interessanter ist doch die Antwort auf die Frage: Was darf man sagen? Darf man seine freien Gedanken aussprechen? Die Antwort »ja, alles« ist sicher nicht richtig, denn wenn ich meinen Nachbarn einen elenden Schurken schimpfe, dann ist das eine Beleidigung. Es kommt nicht darauf an, ob es die Wahrheit ist. Wenn seine Frau dasselbe laut sagt, dann verriet sie – vielleicht – ein Familiengeheimnis, aber das wiederum sollte ich so nicht sagen. Das mit der Meinungsfreiheit ist also möglicherweise doch etwas komplizierter, besonders wenn man glaubt, seine Meinung öffentlich aussprechen zu müssen.

Eine Person als »rechtsradikal« zu bezeichnen, ist von der Meinungsfreiheit gedeckt. »Die Bezeichnung sei ein Werturteil und keine Schmähkritik« – so konnten wir über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Az. 1BvR 2979/10) in der Zeitung lesen. Vermutlich gilt das Urteil sinngemäß auch, wenn man jemanden als »linksradikal« oder einfach nur als radikal bezeichnet. Die meisten Bürger, insbesondere Politiker aller Ebenen, kennen wohl diese Rechtsauffassung und nutzen sie fleißig, indem sie – ungestraft versteht sich – politische Gegner, wenn es gerade paßt, in eine radikale Ecke stellen. Es passiert ihnen deshalb nichts und sie müssen ihre »Meinung« auch nicht begründen oder gar beweisen.

Das funktioniert aber nicht immer. Wenn sich Bürger über Mitbürger anderer Herkunft oder anderer Religion kritisch oder gar abfällig äußern, dann sind das fremdenfeindliche, rassistische oder gar nazistische Äußerungen und dafür gibt es bei uns »Null-Toleranz«. Da macht eine Bürgermeisterin schon mal von ihrem Hausrecht Gebrauch, wenn sich einer gegen die Aufnahme weiterer Asylbewerber ausspricht, und wirft so einen aus einer öffentlichen Versammlung raus. Auch das konnten wir kürzlich in der Zeitung lesen. Zwar hat der Mann ja auch nur seine Meinung gesagt, aber diese seine Meinung war wohl nicht von der allgemein gültigen Meinungsfreiheit gedeckt. Es ist wohl auch nicht immer möglich, manchmal fehlt sogar die Bereitschaft, so jemanden im Gespräch von seiner falschen, manchmal gar gefährlichen Meinung abzubringen. Das sollten die übrigen Versammlungsteilnehmer wahrscheinlich daraus lernen. Nun gibt es bekannte Personen, Amtsinhaber und Mandatsträger, sogar Minister, die haben sich nicht nur öffentlich in von ihnen geschriebenen sogenannten Bestsellern kritisch zu der Asylpolitik bei uns ausgesprochen. Die werden aber nicht rausgeschmissen, sondern gar zu Talkshows ins Fernsehen eingeladen, damit sie ihre Meinung einem Millionenpublikum verkünden können. Wir haben ja Meinungsfreiheit!

Nun frage ich mich, ob ich solche Autoren als radikal bezeichnen sollte, einfach weil ich eine andere, fremdenfreundlichere Meinung habe. Immerhin sind sie Repräsentanten unseres Gemeinwesens und – meistens – prominente Mitglieder politischer Parteien, die nicht verboten sind und die es gar nicht mögen, wenn man sie als radikal bezeichnet. Da sie aber etwas dürfen, was ein »älterer Herr« aus Wandlitz nicht durfte, habe ich nun gelernt, daß es hier wohl ganz feine Unterschiede gibt. Liegt es am Bekanntheitsgrad? Oder an der Parteizugehörigkeit? Ich glaube immer noch: Wir sind doch alle gleich! Ist das etwa ein Irrglaube? Darf ich zweifeln?

Es sieht so aus, das lehrt die tägliche Erfahrung, daß es schon wieder und immer noch darauf ankommt, wer wann was und wo sagt. Das ist – wie in der DDR oder dem tausendjährigen Deutschen Reich davor – auch in unserem Rechtsstaat(?), unserer Demokratie(?) nicht anders. Nun kommen mir erneut Zweifel, ob ich das so, besonders die Fragezeichen, schreiben durfte. Schließlich weiß ich, daß jeder, der es wagt, unser derzeitiges System mit der DDR oder Nazi-Deutschland zu vergleichen, sogar gleichzusetzen, ein ganz übler Bursche sein muß. Und ich will doch keinen Ärger mit der Gestapo oder dem MfS – jetzt heißt diese Behörde wohl Verfassungsschutz – haben. Wieder so ein unzulässiger Vergleich! Vielleicht muß ich nun abschwören, wie weiland Galileo Galilei vor der heiligen Inquisition.

Vielleicht darf ich mich – einfach, weil ich mit Zweifeln an Grundfesten gerüttelt habe – nun einer Sonderbehandlung, zumindest aber Beobachtung durch die einschlägigen Behörden erfreuen. Das könnte doch sein – oder? Schließlich muß ich wohl endlich lernen, daß Meinungsfreiheit ihre Grenzen hat und daß man die Säulen der Macht niemals angreifen darf – es sei denn, man will radikal sein. Vielleicht bin ich das. Wahrscheinlich lebe ich nun gefährlich, denn wirklich radikal sein, das ist verboten! Selbstverständlich! Jedenfalls, egal was ich bin, darf mich jeder radikal nennen, das ist von der Meinungsfreiheit gedeckt! Und das ist beruhigend – oder etwa nicht?

JOHANNES MADEJA,

Kreistagsfraktion BVB/ Freie Wähler

Als ich diesen Beitrag schrieb, wußte ich noch nichts von der Empfehlung unserer Polizei an eine junge Frau, »sicherheitshalber« ihren Wohnort zu wechseln. Es wäre zu aufwendig, sie zu beschützen. Sie hatte (Hut ab vor der Courage!) Aufkleber der NPD entfernt. Wenn ich die Notiz vorher gelesen hätte, dann wäre mein Text vielleicht etwas anders ausgefallen. Nun lasse ich ihn aber so stehen und beobachte weiter, was bei uns an ungläublichen Vorgängen möglich ist.

Milliardengewinne und steigende Strompreise **Strompreismoratorium**

Die Strompreise klettern, und es scheint kein Ende in Sicht. Die Einkommen sinken oder stagnieren. Vielen Familien, besonders mit geringem Einkommen, macht diese Entwicklung beim Blick in ihre Haushaltskasse Sorge, bald die Stromrechnung nicht mehr bezahlen zu können.

In den letzten fünf Jahren sind die Strompreise um 25 Prozent gestiegen. Das bedeutet, wenn 2007 die Kilowattstunde Strom im Bundesdurchschnitt 20,6 Cent kostete, müssen heute dafür 26 Cent auf den Tisch gelegt werden. Nur ist dafür eben nicht die Energiewende verantwortlich, wie uns das die Lobbyisten der Energiekonzerne weismachen wollen. Leider spielen auch die Medien zu oft diese Karte, was die allgemeine Verwirrung verstärkt. Tatsächlich haben wir es aber mit einer willkürlichen Preistreiberei der Energiewirtschaft zu tun.

Die sogenannte EEG-Umlage, also der Teil am Strompreis, der die Kosten der Energiewende abdeckt, ist für nächstes Jahr weiter erhöht worden, liegt aber derzeit noch bei 3,6 Cent. Eigentlich sinkt dieser Teil je höher der Anteil von Erneuerbarer Energie an der Gesamtenergieerzeugung wird und senkt den Preis am Energiegroßmarkt schon jetzt um knapp einen Cent. Nur wird diese Preissenkung nicht weitergegeben, sondern als Gewinn in die Konzerntaschen gesteckt.

Auch die sonst anfallenden Kosten der Energiewende, und da liegt die eigentliche Krux, hat die Politik ausgesprochen ungerecht verteilt. Die energieintensive Großindustrie ist nicht nur von der EEG-Umlage befreit, sie ist gegenwärtig zudem bei verschiedenen Abgaben privilegiert, und kann so viel Geld sparen und ihre Profite erhöhen. Allein die Rabatte beim EEG führen schon zur Erhöhung von einem Cent pro Kilowattstunde auf unserer Stromrechnung zu Hause. Denn, so sieht die politische Entscheidung aus, den privaten Haushalten und den klein- und mittelständischen Unternehmen werden alle Vergünstigungen für die Großen auf den Strompreis aufgepackt. Offensichtlich hat die Bevölkerung bei ihrer eigenen Regierung die geringste Lobby, denn sie trägt die größte Kostenlast. Der Ruf nach sozialer Abfederung und bezahl-

baren Strompreisen aus den Regierungsreihen zeigt, daß die entstehende soziale Schieflage beim Strompreis zur Kenntnis genommen wird – mehr nicht. Mit einer Vergesellschaftung der Energieversorgung könnte das Übel bei der Wurzel gepackt werden, mit den derzeitigen Strukturen gelingt das nicht.

Sieben Grundforderungen der LINKEN:

- Willkür der Stromversorger bei Preisbildung beenden
- Unberechtigte Industrie-Rabatte zu Lasten der Privathaushalte abschaffen
- Stromsteuer senken
- Der Sockeltarif für Strom: Grundversorgung sicherstellen, Verschwendung eindämmen
- Stromsperrern beenden
- Abwrackprämie für Stromfresser
- Energetische Gebäudesanierung ohne kalte Verteilung

Vier große Energiekonzerne beherrschen in Deutschland den Strommarkt. Sie machen jährlich Milliardengewinne mit steigender Tendenz, weil Preissenkungen nicht weiter gegeben werden, was wir schon vom Benzinpreis, aber auch von den Dispozinsen kennen.

Jetzt indessen geht es um eine sozialverträgliche Energieversorgung durch eine soziale und ökologische Energiewende mit bezahlbaren Stromrechnungen für die Haushalte. Die muß jedoch politisch gestaltet werden, und dazu haben wir LINKE einen brauchbaren Vorschlag erarbeitet (siehe Kasten).

Diese sieben Grundforderungen kann eine Regierung auch im real existierenden Kapitalismus umsetzen, wenn für sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger über denen der Energiewirtschaft stellen würden. Wie? Das können alle in dem Positionspapier unserer Bundestagsfraktion »Wie die Energiewende sozial wird« nachlesen, auch die Bundesregierung.

SABINE STÜBER

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat am 29. November einen Antrag für ein Strompreismoratorium ein, über den direkt abgestimmt wurde. Wir zeigen der Bundesregierung: Strompreissenkungen sind machbar. Man muß nur wollen.

SABINE STÜBER

Nur Auswüchse?

Darf man darüber nachdenken? Oder muß man es, wenn man wissen will, in welchem System man lebt?

Wenn z.B. 25.000 Frauen und Männer, die einen 1-Euro-Job haben, jede und jeder eine Stunde Schnee schippen oder Straße kehren müßten, um einen einzigen Vortrag vom ehemaligen Finanzminister zu bezahlen (teures Bla, Bla). Es war nur einer seiner Nebeneinkünfte. Kürzlich habe ich mir noch einen neuen Fernseher für 500 Euro gekauft. Ich habe lange dafür gespart. Der ehemalige Finanzminister hätte ohne langes Sparen für den einen Vortrag gleich 500 Fernseher kaufen können.

Wenn Werktätige nach einem langen Arbeitsleben in vielen Fällen eine Altersrente weit unter 1.000 Euro bekommen – dagegen ein Bundespräsident, der nicht einmal zwei Jahre sein Amt innehatte, nun bis zu seinem Lebensende (und er ist noch relativ jung) jährlich über 200.000 Euro Ehrensold plus Auto, Büro und was sonst eventuell noch aus seiner Zeit als Minister erhält...

Die "Unterschicht" trifft Vorbereitung für die Festtage



Was mir so durch den Kopf geht, sind ja nur kleine Beispiele, schamlose Auswüchse, während man der Bevölkerung unentwegt Sparmaßnahmen aufzwingt. Nur im Kapitalismus sind diese Auswüchse legal möglich, solange das einfache Volk sich dies bieten läßt

Da hilft kein Neid, sondern das Wissen und den Mut dieses System der Ungerechtigkeit zu überwinden.

ELISABETH MONSIEG

»Kein Ort für Nazis« in FFO

Frankfurt/Eberswalde (khh). Am 10. November wollten in Frankfurt/Oder rund 120 Neonazis durch die Stadt marschieren. Mehrere hundert Menschen folgten dem Protestaufruf des antifaschistischen Bündnisses »Kein Ort für Nazis«. Eine erste, kleinere Blockade an der Ferdinandstraße wurde von der Polizei rabiat geräumt. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Begleitet von einem großen Polizeiaufgebot marschierten die NPD-Anhänger eine halbe Stunde durch das Neubaugebiet Neuberesinchen. Auffällig war nach Informationen des inforiot-Internetportals ein Block der »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« (KMOB) mit eigenem Transparent. Eigentlich hatte sich

die KMOB 2010 selbst aufgelöst, nachdem ihre Demonstrationsreihe durch antifaschistische Blockaden verhindert wurde. An der Kreuzung Leipziger Straße/Ecke Cottbuser Straße wurde der Nazi-Aufmarsch von einer 300-köpfigen Blockade gestoppt. Viereinhalb Stunden steckten die NPD-Anhänger fest, bis es hieß: Kehrt marsch, zurück zum Bahnhof, Heimreise. Die »Neue Spartakusgruppe« aus Eberswalde zeigt sich solidarisch mit dem Bündnis »Kein Ort für Nazis«. Der Leiter der Gruppe Karl-Heinz Blättermann protestiert aufs Schärfste gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegenüber wehrlosen Bürgern. Er fordert, die Schuldigen der Übergriffe zur Verantwortung zu ziehen.

Alternativ wirtschaften

Oder einfach nur Tauschen?

Regelmäßig einmal im Monat trifft sich der Tauschring Eberswalde. Zuletzt am 29. November. Interessenten sind gerne gesehen und melden sich am besten per eMail unter »creativtausch@web.de« an. Bei uns ist die Basis des Tauschens die Zeit. Die Lebenszeit ist für jeden gleichermaßen kostbar und auf dieser Grundlage werden verschiedene Arbeiten beim Tauschring Eberswalde auch genauso hoch angerechnet, zum Beispiel sind eine Stunde Haare schneiden, eine Stunde Radio reparieren, eine Stunde Rasen mähen oder eine Stunde Dinge transportieren bei uns gleichviel wert.

Das Ganze hat neben dem Austausch von Talenten und Dingen positive Nebeneffekte: Gegenseitige Nachbarschaftshilfe, neue Menschen kennen lernen, Freundschaft schließen, schlummernde Talente entdecken, die eigenen Fähigkeiten erproben und entdecken und neues Selbstvertrauen schöpfen.

Die Tauschring-Idee ist alt. Bereits 1832 eröffnete Robert Owen in London die erste Arbeitstauschbörse, 1847 gründete Friedrich Wilhelm Raiffeisen Wohltätigkeitsvereine, die Vorläufer der auf Selbsthilfe aufbauenden ländlichen Genossenschaften und der Raiffeisen-Genossenschaftsbanken. Schon vor 40 Jahren gehörte es in der Alternativszene der BRD zum guten Ton, in Selbstorganisation unabhängige Wirtschaftsformen zu erproben. Auch heute können wir diesen Ansatz positiv für gegenseitigen Austausch jenseits der Marktverwertungsverhältnisse nutzen.

GLENN ROSSOW, Tauschring Eberswalde

Gründe im Tauschring mitzumachen?

Gemeinsam arbeiten, sich ergänzen und voneinander lernen! Abwechslung durch Aufgaben, die mir Freude machen & gut tun! Zusammen macht der Haushalt sogar Spaß – und geht schneller! Sich Dinge gönnen, die man sich für Geld nicht leisten würde! Freude daran, anderen etwas beitragen zu können! Neue nette Menschen treffen, Ideen und Wissen austauschen! Die eigenen Talente einsetzen! Weiteres zum Treffen und zum Tauschring Eberswalde unter: <http://www.tauschen-ohne-geld.de/tauschring-eberswalde>.

Eklatante Planungsfehler

Wie 50 Hertz die Öffentlichkeit hinters Licht führt

Es war im August, als 50 Hertz sein PR-Team mit Infobus, weißem Zelt und vielen Hochglanzbroschüren durch die Dörfer und auch nach Eberswalde ins Brandenburgische Viertel schickte, um die Anwohner über die geplante 380-kV-Freileitung zu »informieren« und die Bedenken, die gegen das Projekt vorgebracht werden, zu zerstreuen.

Die Info-Tour war Teil einer groß angelegten Akzeptanzkampagne, die seit dem Frühjahr 2011 lief und im März mit der gemeinsamen Info-Veranstaltung von 50 Hertz, dem Wirtschaftsministerium und der Bürgerinitiative in der Blumberger Mühle einen ersten Höhepunkt erreichte (BBP 2/2012).

Der Erfolg dieser Kampagne ist fraglich, denn die Bürgerinitiative *Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!* mischte sich ein und hat die lückenhafte und z.T. auch bewußt falsche Darstellung (z.B. Details der Erdverkabelung) ergänzt bzw. korrigiert. Das schlug sich auch in der Presseberichterstattung nieder (BBP 9/2012). Allerdings konnte 50 Hertz den Eindruck erwecken, daß man den Planungsprozeß abgeschlossen habe und die Genehmigung nur noch eine Frage von wenigen Wochen sei. Die Akteneinsicht des Anwalts der Bürgerinitiative vermittelt hingegen ein anderes Bild. Sie belegt, daß die Firma die Öffentlichkeit bewußt hinters Licht geführt hat, indem es bekannte Planungsfehler, weitere erforderliche Umplanungen und nötige Auslegungs- und Teilnahmeverfahren gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen.

Der eklatanteste Planungsfehler unterlief 50 Hertz, indem eine bereits im Jahr 2006 planfestgestellte Ferngasleitung von Börnicke nach Schwennenz (FGL 304) stellenweise ignoriert wurde, so daß man z.B. in Senftenhütte die Masten der 380-kV-Freileitung einfach auf die Trasse der FGL setzte. Bereits im Frühjahr 2012 war dieser Planungsfehler in den Gesprächen von 50 Hertz mit der Genehmigungsbehörde thematisiert worden. Aber im August verkündet 50 Hertz: Alles in Butter!

Im Oktober flatterte dann den Naturschutzverbänden eine Mitteilung des Bergamts ins Haus, daß die Ferngasleitung an vier Stellen umgeplant worden sei und man um eine Stellungnahme bis zum 26.11.2012 bitte. Für den

26.11.2012 wird eine öffentliche Auslegung der Planung bis zum 7.1.2013 angekündigt, so daß hier die Betroffenen Stellung nehmen können. Dabei fragt man sich, weshalb die Ferngasleitung umtrassiert werden soll und nicht 50 Hertz zur technischen Alternative der Erdverkabelung angehalten wird.

Was ist ein Planfeststellungsbeschluß wert, wenn er von 50 Hertz einfach ignoriert werden kann? Ist das Rechtssicherheit? Weshalb spielte hier die Genehmigungsbehörde, das Landesamt für Bergbau, Energie und Rohstoffe, mit?

Aber das ist nur eines von vielen Verfahren, die wegen erforderlicher Planänderungen durchgeführt wurden oder noch werden. So gibt es für Eberswalde wegen Planänderungen zwischen Mast 244 und Mast 251 eine weitere öffentliche Teilnahmegrunde. (Seite 6)

Daß die Umplanungen nicht ganz unerheblich sind, konnte man bei Heinersdorf feststellen, dort wurden zwei Masten um jeweils 20 m erhöht, was weitere Masterrhöhungen bei den Masten 95 bis 98 notwendig machte. Um die Vögel, die eventuell durch die Freileitung gefährdet werden, brauche man sich keine Sorgen zu machen, die Leitung stehe in der Nachbarschaft zu einem geplanten Windfeld mit einer Nabenhöhe, die die Höhe der Masten bei weitem überschreite, hieß es beruhigend in den Unterlagen.

Transparenz und Bürgerbeteiligung, das sind die Schlagworte, mit denen 50 Hertz Transparenz in vielen Broschüren bei den Lesern punkten möchte. Bei der Akteneinsicht wird dann aber rasch klar, was alles verschwiegen wurde.

Warum setzt 50 Hertz nicht alle Auslegungs- und Teilnahmeverfahren und die Umplanungen gut übersichtlich auf seine Homepage? Das wäre doch mal ein Beitrag zu Transparenz und würde die Bürgerbeteiligung erleichtern.

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Eberswalde (prest-bar/bbp). Der Landkreis Barnim will mit seiner Bildungsinitiative (BiB) neue Wege gehen. Das Projekt interessiert nun auch Brandenburgs Bildungsministerin Martina Münch. Im Rahmen einer Kreisreise läßt sie sich am 6. Dezember gleich an mehreren Bildungsorten über die Arbeit informieren. Ein zentraler Bestandteil ihrer Reise wird dabei der Besuch der Karl-Sellheim-Schule in Eberswalde sein. Dort wird sie an Unterrichtsstunden teilnehmen, in der interaktive Whiteboards zum Einsatz kommen. Dieses Hilfsmittel erlaubt Lehrern und Schülern eine völlig neue Art der Unterrichtsgestaltung. So können Präsentationen beispielsweise interaktiv ergänzt

Neue Wege mit Whiteboard-Projekt

Brandenburgs Bildungsministerin informiert sich über Barnimer Bildungsinitiative

werden und das Internet kann unkompliziert in den Unterricht einzubauen.

Der Landkreis Barnim ist der erste Landkreis in der BRD der dieses Hilfsmittel flächendeckend an seinen Schulen einsetzt. Dafür bewilligte der Kreistag rund sechs Millionen Euro. Davon profitieren allerdings bislang ausschließlich Schulen in Trägerschaft des Kreises. Den Gemeinden, die den Haushalt des Landkreises über die Kreisumlage maßgeblich mitfinanzieren, fehlen zumeist die Finanzen für der-

artige Investitionen. Im Anschluß besuchen Bildungsministerin Martina Münch und Landrat Bodo Ihrke die Kreisvolkshochschule am Schulstandort in Finow, der in den vergangenen Jahren für fast elf Millionen Euro saniert wurde. Dort wird Dezernent Dr. Jörg Mocek über die Inhalte der Barnimer Bildungsinitiative sprechen.

Danach geht es weiter in das Montessori-Kinderhaus nach Bernau und die Kita »Linden-berg« in Ahrensfelde.

Neptun und die Meerjungfrauen Für Wanderfreunde

Kunstwerke des Bildhauers Axel Schulz in Eberswalde (3)

Der Künstler Axel Schulz ist am 4. März 2012 gestorben. Der Bildhauer, der am 20. Mai 1937 geboren ist, lebte die längste Zeit seines Lebens in der Uckermark, in der Stadt Schwedt. Seine Werke jedoch waren weit über die Grenzen seines Lebens- und Wirkungsortes bekannt.

Im Jahr 1978 erschuf er die Statue »Neptun«, die auf dem Pavillonplatz in Eberswalde aufgestellt wurde. Um jedoch Platz für das Paul-Wunderlich-Haus zu schaffen, wurde diese Statue im Jahr 2004 entfernt und dabei auch stark beschädigt. Erst nach mehreren Jahren wurde die Statue »Neptun« wieder restauriert. Durch das starke Bemühen kunstinteressierter Bürger/-innen der Stadt Eberswalde und mit Hilfe des Kulturamtsleiters Dr. Neubacher und einem Fachgremium gelang es, wieder einen neuen Standort für die Statue zu finden.

»Neptun« steht seit 2011 in einem kleinen Teich im Park am Weidendamm in Eberswalde. Der Teich ist umgeben von Bäumen, Büschen und Sträuchern.

Auf einem Sockel stehend ragt er aus dem Teich heraus. Er ist ca. 1,50 Meter groß, dunkelgrün und hält in der rechten Hand einen Dreizack. Am oberen Ende des Dreizacks befinden sich zwei Meerjungfrauen.

Der Standort der Statue, mitten in einem Teich, ist schon etwas Besonderes. Aber besonders schön ist es, das Axel Schulz noch erleben konnte, wie eines seiner Werke einen neuen und besonderen Platz gefunden hat. So bleibt mit »Neptun« eine Erinnerung an den Bildhauer Axel Schulz – mitten in der Waldstadt Eberswalde.

JAN-NIKLAS STEINICKE,

Klasse 10H, Karl-Sellheim-Schule, Eberswalde



Der Choriner LandSalon e.V. lädt zur Buchpremiere

»Wandelstern« und »Poesiealbum«

Lesung und Gespräch am 8. Dezember, 19.30 Uhr, im Historischen Bahnhof Chorin

Richard Pietraß, Jahrgang 1946, der Dichter, Übersetzer und Verfasser von Nachdichtungen, Autor mehrerer Gedichtbände, liest aus seinem druckfrischen Band »Wandelstern«, der seine Naturgedichte aus drei Jahrzehnten bündelt, die sich wie in einem Kaleidoskop zu einem biozentrischen Weltbild runden. Pietraß war schon früh Teilnehmer der »Brodoumer Gespräche« und wurde 2004 mit dem Erwin-Strittmatter-Preis, dem Literaturpreis Umwelt des Landes Brandenburg geehrt.

Außerdem wird Richard Pietraß über seine Erfahrungen als Herausgeber der Lyrikreihe Poesiealbum berichten, in der bis heute mehr als 300 Hefte, erschienen sind. Die 1967 in der DDR begründete Reihe wurde 1977-1979, dem Jahr seiner politischen Entlassung aus dem Verlag, von Pietraß herausgegeben. Einen Monat nach der Währungsunion 1990 wurde

sie eingestellt. Seit 2009 ist Richard Pietraß erneut Herausgeber dieser 2007 fortgesetzten legendären Edition.

Wie es gelang, diese Reihe durch die zweite Hälfte der 70er Jahre und die achtziger Jahre, ja schließlich durch die Wende zu bringen und 2007 wieder zu beleben, ist ein spannendes Kapitel und wirft Fragen zur Produktion und Rezeption von Lyrik in unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen auf.

Die Lesung wird musikalisch begleitet durch Janni Struzyk an der Tuba. Janni Struzyk hat Tuba in Berlin und Weimar studiert, nachdem sie Blockflöte, Posaune und Klavier gelernt hatte und lange Chorsängerin war.

Für Imbiß und Getränke sorgt das „Lindenblatt“-Bistro. Der Eintritt ist frei. Spenden zur Deckung von Unkosten sind willkommen.

FRANK ADLER

9. Dezember 2012, Sonntag

Maria und der Teufel, Höhenwegwanderung

Der 6 km lange Höhenweg startet an der Jugendherberge Teufelssee (20 Meter über N.N.). Der Teufelssee wird passiert und es geht auf den Höhenweg hinauf (grüner Punkt; ca 120 Meter über N.N.). Eine Wanderung durch herrlichen Wald mit alten Buchen, Eichen und Lärchen mit herrlichem Blick in die 100 Meter tiefere Ahrendskehle. Nach halber Strecke Rast an der Plantikow Hütte. Weiter führt der Weg auf einem Kamm wieder zum Teufelssee zurück. Kaffee und Kuchen an der Jugendherberge geplant. Abholung vom Bahnhof möglich. Wanderleiter/Organisation Volker Nagel, Lothar Koch. Treff: 13.30 Uhr, Jugendherberge Teufelssee, Hammerthal 3, 16259 Bad Freienwalde

26. Dezember 2012, 2. Weihnachtsfeiertag

9. Weihnachtswanderung zum Lug ins Land

Die Wanderung führt uns durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena Rast mit Stolle, Kaffee, Glühwein und Bescherung. Rückweg zum Mon Choix. Wandergeschwindigkeit 3km/h. Ca. 2,5 Stunden. Wanderleiter/Organisation Bernd Müller. Treff: 14 Uhr Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg

Der Weihnachtsmann am Wasserfall

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland laden am 2. Weihnachtsfeiertag alle Kinder und Erwachsene ein, in den Winterwald zum Wasserrad zu kommen und bei Kaffee, Tee, Glühwein und Stolle auf den Weihnachtsmann zu warten, der zur Waldbescherung zur Schutzhütte am Wasserfall kommt. Die Eltern können beim Weihnachtsmann ein Geschenk erwerblich oder ein Geschenk fürs Kind mitbringen, welches der Weihnachtsmann dann übergibt. Treff: 15 Uhr am Wasserrad Cöthen.

31. Dezember 2012, Montag

9. Silvesterwanderung auf den Semmelberg

Die Wanderung führt uns durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem höchsten Berg Ostbrandenburgs mit 158 m. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. Wanderleiter Corinna Gerber. Treff: 14 Uhr Forsthaus Bodenseichen an der B 158.

1. Januar 2013, Dienstag, Neujahr

Neujahrspaddeln in Oderberg

Gemeinsam in das neue Jahr starten. Dazu lädt die Sektion Kanu »Kanuverleih Oderberg« der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. unter Leitung von Karsten Förster am Neujahrstag ein. Geplant ist eine kleine Ausfahrt auf der alten Oder mit dem Kanu, Gemütlichkeit am Lagerfeuer mit Glühwein, Kaffee, Kuchen und Gegrilltem. Treff: 14 Uhr Kanu Verleih neben Schiff »Riesa«, Herrmann-Seidel-Straße 62, 16248 Oderberg.

BERND MÜLLER

Das Weihnachtsgeschenkelos kostet 1 Euro. Neujahrspaddeln Eintritt frei.

Wir bitten um Anmeldung unter 03344/333200.

Gedenken am 22. Todestag von Amadeu Antonio

Donnerstag, 6. Dezember 2012, 17 Uhr

an der Gedenktafel für Amadeu Antonio in Eberswalde, Eberswalder Str. 26

2012 wurde in Eberswalde sehr viel über das Gedenken an Amadeu Antonio und über Rassismus diskutiert. Bei aller Unterschiedlichkeit in den Meinungen, entwickelte sich Einigkeit darüber, daß dieses Gedenken und die Thematisierung von Rassismus weiterhin nötig sind.

Der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V., die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« und das Jugendbündnis F.E.T.E. laden daher zu diesem Gedenken demokratisch gesonnene Menschen jeglicher Couleur und jeden Alters ein.

Das halbstündige Gedenken wird musikalisch umrahmt, erinnert an Amadeu Antonio, der im August 50 Jahre alt geworden wäre, thematisiert in kurzen Beiträgen Rassismus und das Engagement dagegen. In Ruhe können dann Blumen, Kränze und Kerzen niedergelegt werden.

Ehemalige Arbeitskollegen von Amadeu Antonio sagen:

»Es gibt ein Recht auf Erinnerung und es gibt auch eine Pflicht zur Erinnerung. Vergesslichkeit wird in Deutschland individuell als Krankheit gefürchtet, viele setzen Gehirnjogging und anderes dagegen. Gesellschaftliche Vergesslichkeit können wir uns ohne weitere Schäden nicht leisten. Setzen Sie mit Ihrer Teilnahme, setzt mit Eurer Teilnahme am Gedenken ein Zeichen gegen Rassismus und für eine lebenswerte Zukunft in Eberswalde und überall.«

Kontakt: Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« c/o Jugendkeller, Eisenbahnstr. 84, 16225 Eberswalde, Mail: pazifissimo@googlemail.com

12. WeihnachtsKUNSTmarkt in der ZainhammERMühle Eberswalde



BOGDAN, Andras - BÜCKLER, Constanze - BAUM, Wolfgang
DAMERAU, Jörn - EICHHORN, Elisabeth - FRANK, Ines
Dr. FÖGNER, Kerstin - GRÖGER, Jess - GOHLKE, Christiane
KÖRNER, Uwe - KRÖGER, Heidemaria & Herbert - LANGER, Rudolf
LANOWSKI, Inez - LÖHLAD, Petra - MARX, Bernhard
MEDURI, Leonida - BANGSY, Janin - RADTKE, Christine
RAFF, Ernst-Christian - SCHLAAK, Marisa - SCHMIDT, Selja
SCHULZ, Karsten - STEINHARDT, Ulrike - STEINBERG, Catrin
STORNOWSKI, Sören - SWODENK, Angelika - SWODENK, Lisa
Dr. VOGT, Waltraut - VOSS, Bernd-Ulrich

Nur 100,- € (berühmte Leckereien und warme Getränke sorgen für köstliche
Dallinger, das Weihnachts in der Mühle und hier feiernd!

Sonntag, 9. Dezember 2012
von 10 - 18 Uhr

Hilfe beim Lesen von Rentenbescheiden

Die Rentensituation ist nach wie vor ein brisantes Thema. Gut, daß es kostenfreie beratende Instanzen gibt. Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Rentennitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentennitiative« unter Leitung von Frau Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden

und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden einmal monatlich, jeden 2. Mittwoch im Monat, im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt.

Der nächste Termin ist am Mittwoch, dem 12. Dezember, 10 - 13 Uhr.

Ort: Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde

ANDREA HOEHNE



KULTURBAHNHOF FINOW

Finow, Bahnhofstraße 32

05.12., 15 Uhr: Weihnachtskonzert mit Antenne-Brandenburg-Moderatorin Rita Walter, anschließend Nikolaustanz

24.12., 12-16 Uhr: Weihnachten nicht allein, Weihnachtslieder und -geschichten, gemeinsames Mittagessen und Kaffeetrinken, Hol- und Bringedienst, Anmeldung bis 17.12. (Tel. 03334/63988-0, Eintritt und Transport frei)

Frohe Weihnachten, einen erfolgreichen Abschluß des alten sowie einen guten Rutsch in das neue Jahr 2013 wünschen

Vereinsvorstand und Redaktion der »Barnimer Bürgerpost«

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (2), Mierau, Neumann, Tobler, Zacharias

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 29. November 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.1.2013, 12 Uhr.